

Karl, H.-D. et al.

**Article**

## ifo Branchen-Dialog 2011

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Karl, H.-D. et al. (2011) : ifo Branchen-Dialog 2011, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 64, Iss. 23, pp. 34-68

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165052>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Am 26. Oktober 2011 fand der diesjährige ifo Branchen-Dialog statt, wiederum unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern. Über 220 Vertreter aus Wirtschaft und Politik nahmen an diesem Event teil. Wie üblich folgten auf Ausführungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage und den Perspektiven für das nächste Jahr vier Foren zur Industrie und zum Handel (Parallelveranstaltung) sowie zur Bauwirtschaft und zu den Dienstleistungen (Parallelveranstaltung). Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion zu den wirtschaftlichen Folgen der Energiewende. Eine Zusammenfassung der Tagung bringt der vorliegende Bericht. Der nächste Branchen-Dialog wird am 7. November 2012 stattfinden.

### Einführung und Begrüßung

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. *Erich Greipl*,  
Präsident der IHK München und  
Oberbayern

Die Hauptfrage nach *Greipl* ist zurzeit: Stehen wir vor einer normalen Wachstumsflaute, oder droht uns eine Rezession wie 2008/2009? Schon Ludwig Erhard wies darauf hin, dass Wirtschaft zu 50% Psychologie sei. Heute liegt nach *Greipl* dieser Anteil wohl sogar noch höher. Den Unternehmen stecken immer noch die Erfahrungen der wirtschaftlichen Einbrüche nach der Lehman-Pleite im Herbst 2008 in den Knochen. Wie stark haben die Unternehmen ihr Verhalten aufgrund dieser Erfahrungen verändert, und welche makroökonomischen Konsequenzen hat dies? Agieren die Unternehmen vorsichtiger als in früheren Abschwä-

chungsphasen der Konjunktur, so könnte dies eine Abwärtsspirale beschleunigen. Umso mehr muss durch eine konsequente und nachhaltige Stabilisierungspolitik verhindert werden, dass sich die negativen Erwartungen der Unternehmen und Konsumenten selbst erfüllen. *Greipl* warnte vor einer kurzatmigen Ad-hoc-Politik und zitierte in diesem Zusammenhang Walter Eucken: »Die nervöse Unrast, die heute verwirft, was gestern galt, schafft ein großes Maß von Unsicherheit und verhindert viele Investitionen«. Gefordert sei wieder der »Ehrbare Kaufmann«, der sein Verhalten auf Prinzipien stützt, die auf langfristigen wirtschaftlichen Erfolg abzielen, ohne den Interessen der Gesellschaft zu schaden. Dieses Prinzip sollte für alle Unternehmen gelten, einschließlich der Banken.



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Erich Greipl, Präsident der IHK für München und Oberbayern

### Eurokrise und Konjunktur

Vortrag von  
Prof. Dr. Dres. h.c. *Hans-Werner Sinn*

#### *Weltweite Abkühlung*

Eingangs untersuchte *Sinn* Parallelen zwischen der Weltwirtschaftskrise 1929 und der noch nicht lange zurückliegenden Krise 2008/2009, die erfreulicherweise wesentlich kürzer war als die Weltwirtschaftskrise 1929. Die Industrieproduktion hat diesmal im Weltdurchschnitt bereits nach zweieinhalb Jahren wieder das Vorkrisenniveau erreicht und seitdem überschritten.

Man muss aber differenzieren: Die alten Industrieländer haben ihr Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht. Deutschland

ist hier eine Ausnahme, überraschenderweise auch Irland. Insgesamt sind es aber die Schwellenländer, vor allem die im asiatischen Raum, die eine so rasche Erholung der Weltwirtschaft in den vergangenen zwei Jahren bewirkt haben. Die ehemaligen wirtschaftlichen Champions müssen mit ansehen, wie sich die wirtschaftlichen Antriebskräfte schrittweise nach Asien verlagern.

Aktuell ist eine Abkühlung des Weltwirtschaftsklimas zu verzeichnen, aber kein Absturz. Was Deutschland angeht, geht der Boom zwar zu Ende, aber die deutsche Wirtschaft schlägt sich wacker. Allerdings: Ein Einbruch deutet sich auch bei uns in den Erwartungen der Unternehmen an. Das ifo Geschäftsklima ist in den letzten Monaten abgesackt. Im Unterschied zur Lagebeurteilung sind die Geschäftserwartungen allerdings sehr volatil und liegen manchmal falsch. Die psychologische Komponente spielt hier eine sehr große Rolle. Es besteht daher eine reelle Chance, dass sich die Erwartungen wieder aufhellen, bevor sich ihr Rückgang in der Einschätzung der aktuellen Geschäftslage voll niederschlagen hat. Eine Wiederholung der Rezession 2008/09 ist jedenfalls derzeit aus den ifo-Zahlen nicht abzulesen. Ein wichtiger Punkt, der nach Sinn häufig übersehen wird: Der deutsche Boom im vergangenen Jahr lässt sich weniger durch die Exporte erklären als durch das Anspringen der Bruttoanlageinvestitionen. Der Beitrag der deutschen Exportwirtschaft wird seiner Meinung nach häufig überbewertet. Die derzeitige Stärke der Binnenwirtschaft gibt Anlass zur Hoffnung, dass diesmal Schwächetendenzen der Weltwirtschaft weniger stark auf die Gesamtkonjunktur in Deutschland durchschlagen als in früheren Abschwungsphasen.

**USA**

Die USA stecken nach Sinn in einer Dauerkrise. Der Einsturz der Immobilienpreise nach Platzen der Immobilienblase und der dadurch ausgelöste Vermögensverlust entsprechen im Ausmaß dem US-Bruttoinlandsprodukt eines vollen Jahres. Bisher hat sich der Neubaumarkt in den USA nur mäßig erholt. Die Bauwirtschaft ist aber für die Binnenwirtschaft das dominante Element. Ohne eine Besserung in diesem Segment zeichnet sich seiner Meinung nach keine konjunkturelle Erholung in den USA ab.

Die USA stehen vor einem Strukturwandel, der nach Sinn wohl ein Jahrzehnt braucht. Die USA weisen bald eine Schuldenquote von über 100% (gemessen am BIP) auf. Nach Sinn ist in den USA »eine griechische Situation« näher, als es den US-Amerikanern lieb ist.

**Europa**

Die Konjunktur in Europa ist derzeit zweigeteilt. Schweden, Österreich, Deutschland sind die »Musterschüler« in Punk-

to BIP-Wachstum 2011. Auf der anderen Seite stehen die sog. GIIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Spanien). Die wirtschaftlich unterschiedliche Dynamik ist neben dem realen Wirtschaftswachstum auch an den Arbeitslosenzahlen und der Staatsverschuldung abzulesen.

Die europäische Wirtschaftsentwicklung in den zurückliegenden zehn Jahren wurde nach Sinn maßgeblich von der Euro-Einführung beeinflusst. Vor der Euro-Einführung gab es eine starke Zinsspreizung, danach eine starke Zinskonvergenz. Seit Ausbruch der aktuellen Schuldenkrise driften die Zinsen wieder auseinander.

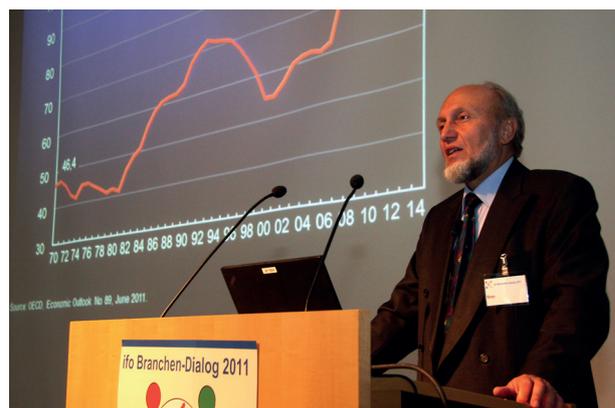
Deutschland hat durch strukturelle Reformen im Zuge der Agenda 2010 die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren senken können, in Frankreich ist sie dagegen gestiegen, wenn auch nicht annähernd so stark wie in Spanien, wo die Arbeitslosenquote derzeit bei 21% liegt. Frankreich ist der europäischen Peripherie in vielen Punkten näher, als man meinen könnte, und ist ein ausgewachsener Sozialstaat, mit einer Staatsquote von 55%. Schweden hingegen hat sich von der ehemals höchsten Staatsquote in Europa entfernt und arbeitet sich heute Richtung 40% voran.

**Zinskonvergenz unter dem Euro**

Im Zeitraum 1995–2008 haben die GIIPS-Länder real um 30% aufgewertet, Deutschland dagegen real um 22% abgewertet. Als Folge der Verzerrung des Preisniveaus gab es gewaltige Leistungsbilanzdefizite in einigen Ländern.

Die Finanzblase ist geplatzt, und als Folge spreizten sich die Zinssätze im Euroraum wieder aus. Deutschlands Zinsniveau ist gesunken. Nicht zuletzt deshalb ist Deutschland nach Sinn Gewinner der Krise. Das Kapital sucht seiner Meinung nach den sicheren Hafen und flüchtet nach Deutschland oder in die Schweiz.

Solange die Zinsspreizung anhält, besteht für Deutschland nach Sinn die Chance für eine »goldene Dekade«.



Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts

Vereinfacht lässt sich seiner Meinung nach festhalten: Wo das Kapital hinfließt, herrscht Boom, und wo es wegfließt Flaute.

Das Platzen der Finanzblase zeigt sich spiegelbildlich in der Kursentwicklung der Staatsanleihen: Setzt man den Kurswert 2006 gleich 100, so liegt Griechenland derzeit bei 35, Irland bei 75, Portugal bei 65 und Spanien sowie Italien bei jeweils 95.

### *Lösungswege*

Eine reale Abwertung in den Ländern der Peripherie ist unumgänglich. Die Länder der Peripherie müssen sich gesund schrumpfen. Solange die Hilfgelder fließen, bringen diese Länder nach Sinn ihr Leistungsbilanzdefizit nicht unter Kontrolle. Nur eine Politik des allmählichen Zudrehens des Geldhahns bringt seiner Meinung nach die Situation wieder ins Gleichgewicht. Deutschland habe 15 Jahre Flaute gebraucht, um das falsche Preis- und Lohnniveau wieder unter Kontrolle zu bekommen. Einen ähnlichen Zeitraum werden auch die anderen Länder benötigen, um wieder konkurrenzfähig zu werden.

### *Die Rolle der EZB und die Übertretung derer Kompetenzen*

Während über viele Jahre das Kapital aus Deutschland in die Peripherie abfloss, stockt seit einiger Zeit der private Kapitalexport Deutschlands in diese Länder. Nun wird ein öffentlicher Kapitalexport über die EZB in diese Länder »organisiert«.

Alles hat angefangen im Herbst 2007. Ab da musste die Druckerpresse eingesetzt werden, um den stockenden Kapitalfluss in die GIIPS-Länder zu aktivieren. Spiegelbildlich dazu sind vor allem in Deutschland Forderungen gegen diese Länder entstanden. Allein im September 2011 sind 60 Mrd. Euro an Target-Krediten gezogen worden. 88% der Leistungsbilanzdefizite der GIIPS-Länder der letzten drei Jahre wurden über Target-Kredite finanziert (d.h. durch die Druckerpresse). Nach Griechenland und Portugal floss seit 2007 kein Privatgeld mehr. Griechenland und Portugal sind im fünften Jahr der Dauerkrise. Target-Schulden sind volkswirtschaftlich gesehen nach Sinn Staatsschulden, nur werden sie in den offiziellen Statistiken nicht in diese eingerechnet. In den USA müssen die Target-Kredite im Unterschied zu Europa mit Gold hinterlegt werden.

### *Fazit*

- Es herrscht ein geteiltes Europa, was die derzeitige Konjunkturentwicklung angeht.
- Überall ist ein konjunktureller Abschwung im Gange, doch Deutschland schlägt sich wacker. Der Abschwung kon-

zentriert sich in Europa auf die Peripherie. In den Schwellenländern läuft die Konjunktur meist noch gut. Deutschland profitiert von der guten Binnenkonjunktur (hier vor allem Bauwirtschaft und Ausrüstungsinvestitionen) dank der Zinsausbreitung, wodurch das Kapital in Deutschland bleibt. Deutschland darf nach Sinn aber durch die »Retterei« nicht zu viel seiner Bonität verschenken und dadurch das Zinsdifferential verspielen.

- In den USA ist trotz einiger konjunktureller Lichtblicke die Gefahr eines Double-DIP immer noch virulent. Die jüngsten Konjunkturdaten in den USA fielen allerdings besser aus als allgemein erwartet, was die Gefahr eines Double-Dip wieder etwas geringer erscheinen lässt.
- Im Euroraum herrscht derzeit eine Zahlungsbilanzkrise vom Bretton-Woods-Typ. Um das System zu stabilisieren, braucht es eine Bremse der Kapitalflüsse. Dafür sind Zinsspreads erforderlich; diese »reinigen« den Markt. Die Peripherie ist heute zu teuer und muss real abwerten, Griechenland alleine um circa 50%. Das schafft dieses Land nach Sinn nur durch einen Austritt aus dem Euro. Bleibt Griechenland im Euro, so hat es seiner Meinung nach keine Möglichkeit, genügend Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen.
- Target-Kredite der Bundesbank: Sie entsprechen einem 450 Mrd. Euro-Rettungsprogramm
- Notwendig ist langfristig ein Begleichen der Target-Salden mit marktfähigen Wertpapieren (nach US-Vorbild).

Wie üblich beim ifo Branchen-Dialog fanden in je zwei Parallelveranstaltungen die Foren »Industrie« und »Handel« sowie »Bauwirtschaft« und »Dienstleistungen« statt. Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse der Foren vorgestellt und die daran anschließende Podiumsdiskussion zusammengefasst.

## Branchenforum 1: Konjunkturelle Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

*Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg*

Nach dem beispiellosen Einbruch im Jahr 2009 war die wirtschaftliche Erholung 2010 dynamisch verlaufen, der Zuwachs des weltweiten Bruttoinlandsprodukts lag mit 4,3% wieder in der Größenordnung der Jahre 2006 und 2007. Die Expansion wies große Unterschiede zwischen den Ländern der entwickelten Welt und den Schwellenländern auf. Während erstere nur auf ein Plus von 2,9% gekommen waren, stürmten letztere, die auch während der weltweiten Rezession 2009 nur wenig gebremst zulegen konnten – mit einer Rate von 8,6% vorwärts. Die Wirtschaft startete in das Jahr 2011 – trotz der sich seit dem ersten Halbjahr 2010 verschärfenden Staatsschuldenkrise – mit hohen Zuwachsraten. Die Unternehmen zeigten zunächst noch eine große Zuversicht bei ihren Meldungen zum ifo Konjunkturtest, erst im Verlauf des Jahres trübten sich ihre Erwartungen zunehmend und zuletzt deutlich ein. Das weltwirtschaftliche Wachstum wird 2011 gegenüber dem Vorjahr noch um 2,6% zulegen, wobei die entwickelten Länder nur ein Plus von 1,4% erzielen dürften und die Schwellenländer mit einem Zuwachs von 6,7% weiter kräftig voranschreiten werden.<sup>1</sup>

Beim Wachstumstempo der industriellen Produktion sind die Unterschiede zwischen den entwickelten Ländern und den Schwellenländern wesentlich stärker ausgeprägt. Insbesondere während der globalen Finanzkrise hat sich eine größere Lücke aufgetan. 2008 und 2009 war der Ausstoß des Verarbeitenden Gewerbes der fortgeschrittenen Volkswirtschaften um 2,4% und dann um 12,9% gesunken. In den Schwellenländern hat sich dagegen das dynamische Wachstum mit 5,8 und 4,4% kaum vermindert fortgesetzt.

Trotz einer kräftigen Erholung der entwickelten Volkswirtschaften, eines Anstiegs der Industrieproduktion um 7,7% im vergangenen Jahr und einer Fortsetzung der Expansion 2011 in Höhe von voraussichtlich 2,9% wird das Niveau von 2008 auch im laufenden Jahr noch nicht erreicht. Das Gewicht der Industrieproduktion hat sich weiter in Richtung der Schwellenländer verlagert.

2012 wird sich die weltwirtschaftliche Dynamik weiter abschwächen. Für die globale Industrieproduktion rechnet Goldman Sachs noch mit einem Zuwachs von 3,7% nach 4,3% im Vorjahr. Für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften muss von einer abflauenden Expansion ausgegangen wer-

den. Für 2012 wird nur noch ein Anstieg um 1,9 nach 2,9% im laufenden Jahr prognostiziert.

### Zaghafte Erholung der US-Industrie

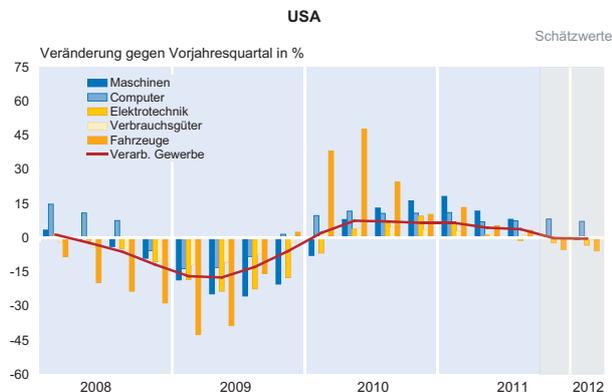
Die globale Finanzmarktkrise war von den USA ausgegangen und hatte die US-Industrie frühzeitig erfasst. Die Rezession von 2008 hatte sich 2009 beschleunigt und zu einem Produktionseinbruch von mehr als einem Zehntel geführt. Besonders stark getroffen war der Straßenfahrzeugbau, der in jedem der Jahre um jeweils ein Fünftel abgestürzt war. Der Aufschwung im Jahr 2010 wurde durch staatliche Stützungsmaßnahmen in Gang gesetzt, was insbesondere dem Fahrzeugbau zu Gute gekommen war, der um 30% expandierte. Dennoch blieb der Produktionswert der Branche noch etwa 20% unter dem Wert von 2007. Die gesamte Industrieproduktion ist nur um 5,9% ausgeweitet worden, was angesichts der massiven staatlichen Intervention nicht berauschend ist. Die teils staatlich stimulierte Investitionstätigkeit in den Vereinigten Staaten hat Ende 2010 schon wieder an Schwung verloren, und die privatwirtschaftlichen Ausgaben für langlebige Wirtschaftsgüter bewegen sich 2011, aktuellen Umfragen zufolge, auf einem Pfad von etwa 3%. Der Einkaufsmanagerindex ist seit Jahresanfang auf Talfahrt und hat sich zuletzt mit einem Wert von 50,8% (Oktober 2011) nah an die Schwelle zur Rezession hinbewegt. Obwohl die Auftragseingänge zuletzt zulegten, signalisieren die Konjunkturindikatoren ein getrübtetes Bild. Die vom ifo Institut berechnete Kurzfristprognose weist auf ein Wachstum der Herstellung von Computern in den ersten Monaten 2012 hin, das allerdings nur beschränkt beschäftigungswirksam ist. Für elektrotechnische Investitionsgüter ergibt sich ein Rückgang, die anderen Komponenten der Industrieproduktion lassen keine Prognose für das erste Quartal 2012 zu. Aufgrund der Frühindikatoren und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, für die im Verlauf des kommenden Jahres eine Erholung von der gegenwärtigen Schwäche unterstellt wird, kann die Industrieproduktion 2012 bis zu 2,5% real zulegen, nachdem für das laufende Jahr noch mit einem Plus von 3,7% zu rechnen ist.

### Belebung in Japan durch Naturkatastrophe verzögert

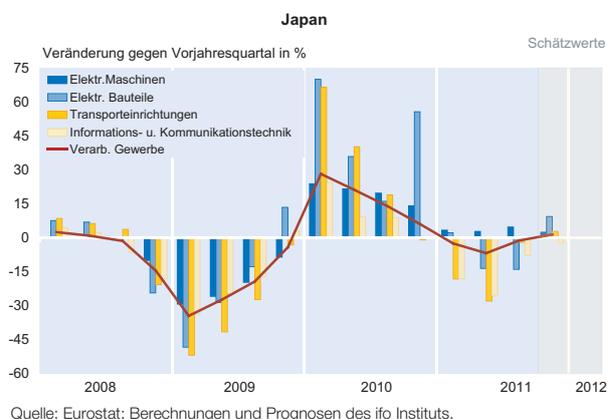
Die japanische Industrie hatte 2009 den schärfsten Einbruch unter den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften erlitten. Der Erholungsprozess war im Gegensatz zu den USA mit einem Plus von 17,4% ausgesprochen stark und breit angelegt, wozu auch der Fahrzeugbau kräftig beigetragen hat. Investitionsgüter, Informations- und Kommunikationstechnik expandierten dynamisch. Anfang 2011 setzte sich die positive Entwicklung fort, wurde aber abrupt durch die Naturkatastrophe im März und die Havarie mehrerer Kernkraftwerke gestoppt. Die Produktion war schon im ersten

<sup>1</sup> Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2011), *Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011: Schuldenkrise belastet deutsche Konjunktur*, München, S. 11.

**Abb. 1**  
Industrieproduktion der USA



**Abb. 2**  
Industrieproduktion Japans



Quartal tangiert und im zweiten Quartal eingebrochen. Seit dem dritten Quartal ist eine Normalisierung zu beobachten, so dass im Mittel des Jahres 2011 nur mit einem Rückgang von 2,3% zu rechnen ist. Das kommende Jahr wird durch gegensätzliche Entwicklungen gekennzeichnet sein. Auf der einen Seite werden die Produktionsrückstände aufgeholt und der Einbruch von 2011 wieder auszugleichen sein, auf der anderen Seite haben sich die Konjunkturaussichten nennenswert verschlechtert. Der Einkaufsmanagerindex, der auf die Katastrophen nur wenig reagiert hatte, weist in den letzten Monaten auf eine Eintrübung des Geschäftsklimas hin. Trotz rückläufiger Auftragseingänge aus dem In- und Ausland steigt die Produktion noch an. Bemerkenswert sind die von den Unternehmen gemeldeten nachlassenden Bestellungen aus China. Die aufwärtsgerichtete Produktion, die abgesehen von der Informations- und Kommunikationstechnik alle großen Industriesektoren erreicht hat, wird im ersten Halbjahr 2012 auslaufen und dann rückläufig sein. Die reale Industrieproduktion Japans dürfte trotz des hohen Überhangs im ersten Halbjahr im Mittel 2012 nur um 4% zulegen.

**Industrie in den Schwellenländern auf stabilem Wachstumspfad**

Die Schwellenländer Asiens hatten in der Summe nur eine Dämpfung des Aufwärtstrends bei der Industrieproduktion

hinnehmen müssen. 2010 hatte sich das Wachstum schon wieder auf 14,2% beschleunigt. Das schwächere weltwirtschaftliche Wachstum hat 2011 zwar zu einer spürbaren Dämpfung geführt, dennoch wurden gegenüber dem Vorjahr noch zweistellige Zuwachsraten erreicht. Von besonderer Bedeutung wegen der hohen Expansionsdynamik und seines Gewichts ist China. Makroökonomische Störungen wie die Immobilienblase und eine steigende Inflationsrate haben die Regierung zum Handeln gezwungen. Die Kreditvergabe wurde verknappert, und die Investitionstätigkeit dadurch erschwert. Vergleichbare Maßnahmen wurden schon in der Vergangenheit bei Störungen in der wirtschaftlichen Entwicklung ergriffen. Sie haben allerdings nur begrenzt auf die Wachstumsdynamik bremsend gewirkt. Hiervon wird auch für den Prognosezeitraum ausgegangen. Die Wachstumsraten der Industrieproduktion bleiben auch 2012 auf hohem Niveau. Diese Annahme wird durch die jüngsten Umfrageergebnisse für den HSBC-Einkaufsmanagerindex für Oktober gestützt. Er liegt zwar noch unter dem langjährigen Mittelwert, hat sich aber in den letzten Monaten erholt. Die Unternehmen melden vermehrt wieder steigende Bestellungen aus dem In- und Ausland. Die Industrieproduktion der asiatischen Schwellenländer, die 2011 wohl um 10,9% expandieren wird, könnte 2012 real nochmals in etwa in der gleichen Größenordnung zulegen.

**Tab. 1**  
Industrieproduktion in der Triade und in asiatischen Schwellenländern  
Veränderungsraten, in % gegenüber Vorjahr

Region	2010					2011					2012	
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	Jahr	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	Jahr	Jahr	
EU-27	4,6	8,7	8,2	8,6	<b>7,5</b>	7,9	5,2	4,6	2,0	<b>4,9</b>	<b>2,0</b>	
Deutschland	7,9	14,8	11,5	13,7	<b>12,0</b>	14,8	9,7	5,2	2,0	<b>7,7</b>	<b>2,2</b>	
USA	2,2	7,5	7,2	6,6	<b>5,9</b>	6,6	4,4	3,8	-0,1	<b>3,7</b>	<b>2,5</b>	
Japan	28,2	21,2	14,0	6,0	<b>17,4</b>	-2,6	-6,9	-1,2	1,4	<b>-2,3</b>	<b>4,0</b>	
Asien <sup>a)</sup>	18,7	15,1	11,7	11,6	<b>14,2</b>	11,4	10,4	10,5	10,7	<b>10,9</b>	<b>11,7</b>	

<sup>a)</sup> Ohne Japan.

Quelle: Nationale statistische Büros; GoldmanSachs; ifo Institut.

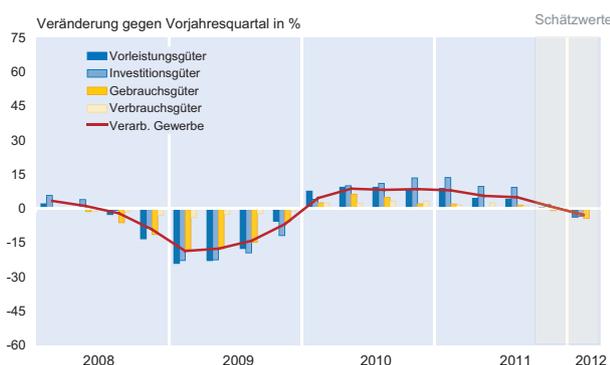
### 2012: Deutliche Abschwächung der Industrie in der EU

Die Industrie der EU-27 hatte 2010 eine kräftige Erholung erfahren, im Mittel über alle Mitgliedstaaten war die Produktion um 7,5% angestiegen. Die Entwicklung hat sich 2011 fortgesetzt, aber im Verlauf abgeschwächt. Es kann für das Gesamtjahr noch mit einem Plus von 4,9% gerechnet werden. Eine Abschwächung spüren vor allem die Hersteller von Vorleistungen, Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. Die Investitionsgüterhersteller mit ihren langen Auftragsbearbeitungszeiten setzen dagegen die Expansion nahezu unvermindert fort. Die Frühindikatoren für die Industrie in der EU weisen auf eine nachlassende Dynamik hin. Die Erwartungen für die Produktionstätigkeit in den kommenden Monaten sind seit dem ersten Quartal des Jahres auf Talfahrt. Das gegenwärtige Niveau ist allerdings noch nicht besorgniserregend niedrig. Jedoch muss mit einer zunehmenden Abkühlung der Geschäftstätigkeit gerechnet werden. Die Auftragsbestände, die die Auslastung der Kapazitäten insbesondere der Investitionsgüterhersteller bisher noch stabilisiert hatten, werden abgebaut. Die Industrieproduktion wird im kommenden Jahr nur moderat expandieren, nachdem zu Jahresbeginn zumindest mit einer Stagnation – wenn nicht sogar mit einem leichten Rückgang – gerechnet werden muss. Eine Beschleunigung des weltwirtschaftlichen Wachstums, wie sie im Verlauf erwartet wird, bringt die Industrie wieder auf Wachstumskurs. Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes der EU kann um 2,0% real im Jahr 2012 nach voraussichtlich knapp 5% im laufenden Jahr zulegen.

### Deutsche Industrie mit verbesserter Wettbewerbsfähigkeit

Deutschlands Industrie mit ihren Schwerpunktbereichen bei Investitionsgütern und im Fahrzeugbau ist stärker von Konjunkturzyklen als die Industrien anderer Länder betroffen, wie das auch zuletzt bei dem weltwirtschaftlichen

Abb. 3  
Industrieproduktion in der EU-27



Quelle: Eurostat; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

Abb. 4  
Industrieproduktion in der EU und in Deutschland



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Einbruch im Jahr 2009 festzustellen war. Auf der positiven Seite ist zu verbuchen, dass die deutschen Unternehmen in den zurückliegenden Jahren ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert haben und stärker als die Konkurrenz aus anderen europäischen Ländern intensivere Geschäftsbeziehungen mit den stark wachsenden Schwellenländern unterhalten. Die Orientierung der Ausfuhren auf diese Länder trägt zu einer geringeren Abhängigkeit von Europa bei, das unter den durch die Staatsschulden- und Bankenkrise eingetrübten Wirtschaftsaussichten leidet. Die Nachfrage aus Europa spielt allerdings eine so gewichtige Rolle, dass es nicht zu einer wirklichen Abkoppelung kommen wird.

So schnell und umfassend wie kaum eine andere der fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat die deutsche Wirtschaft die weltweite Krise, die 2009 ihren Höhepunkt erreichte, überwunden. Ein wesentlicher Grund dafür war die Stärke des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland, das seine Wettbewerbsposition in den zurückliegenden Jahren deutlich verbessern und im Zug der wirtschaftlichen Erholung seine Exportstärke voll zur Geltung bringen konnte. Zudem ist der Anteil der industriellen Bruttowertschöpfung an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Deutschland höher als in anderen großen Ländern Europas: 2010 lag der Anteilswert bei rund 21%, und im ersten Halbjahr 2011 erreichte er mit 22% bereits wieder das Vorkrisenniveau.

Das industrielle Produktionsvolumen in Deutschland – gemessen am (realen) Produktionsindex der amtlichen Statistik – war nach dem dramatischen Rückgang 2009 im Jahr 2010 kräftig – um 12,0% – gestiegen. Die industrielle Wertschöpfung ist 2010 real um 11,6% höher gewesen als 2009. Der Aufschwung war so stark, dass er weit in das Jahr 2011 hineinreichte. In den ersten acht Monaten 2011 stieg die reale Produktion um 11,7% gegenüber dem Stand der entsprechenden Vorjahresperiode. Sie hat damit deutlich stärker als das Bruttoinlandsprodukt, das 2010 um 3,7% stieg, zugenommen.

Als Beleg für die Qualität des industriellen Aufschwungs kann angesehen werden, dass die kräftige Ausweitung der Industrieproduktion von einer noch stärkeren Erhöhung der Nachfrage begleitet war. Der reale Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes ist 2010, nach einem Rückgang um 21,7% im Jahr 2009, um 21,6% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Gegen Ende des Jahres ging die stürmische Nachfrage in eine ruhigere Gangart über. In den ersten acht Monaten des Jahres 2011 stiegen die Orders dann um 11,4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert an. Da die Erhöhung der Produktion nun mit dem Auftragsplus Schritt hält, hat auch das bis in den Sommer 2011 bestehende Auftragspolster nicht weiter zugenommen. Die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie bewegt sich weiter auf hohem Niveau; saisonbereinigt nahm sie von Oktober 2010 bis Oktober 2011 von 83,8 auf 85,3% zu. Sie ist damit um etwa 2 Prozentpunkte höher als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

### **Inlandsnachfrage steigt 2011 fast so stark wie die aus dem Ausland**

Der gegenwärtige Aufschwung der Industrieproduktion wurde zunächst, wie in früheren Jahren, von dem kräftigen Anstieg der Auslandsnachfrage getragen. Während der Index des realen Auftragseingangs aus dem Ausland im Jahresdurchschnitt 2010 um 26,3% gestiegen war, nahm er in den ersten acht Monaten 2011 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 12,3% zu. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich vor allem 2010 besser entwickelt als der gesamte Auftragseingang. Die Aufträge aus der Eurozone sind in den ersten acht Monaten 2011 mit 11,0% weniger stark als die Bestellungen aus dem übrigen Ausland gestiegen, die um 13,4% über dem Vorjahreswert lagen.

Die inländische Nachfrage nach Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes nahm 2010 deutlich schwächer zu, konnte aber im laufenden Jahr fast zur Höhe der Auslandsorders aufschließen. Nach einem kräftigen Anstieg des Auftragseingangs um 16,3% im Jahresdurchschnitt 2010 belief sich in den ersten acht Monaten 2011 das reale Plus auf 10,3% gegenüber dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Überdurchschnittlich entwickelte sich dabei in diesem Zeitraum mit einem Zuwachs von 13,9% die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern. Dagegen legten die Bestellungen von industriellen Vorleistungsgütern um 8,1% zu, und die Nachfrage nach Konsumgütern war um lediglich 3,4% höher.

Die Erholung der Industrieproduktion wirkte sich auch positiv auf die Beschäftigung aus. Zwar wurde die Zahl der Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe 2010 nochmals um 2,4% verringert, nach dem Rückgang um 2,9% im Jahr 2009. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen aber 2010 bereits wieder um 3,0% zu. In den ersten acht Monaten des Jahres 2011

kam es zu einem Beschäftigungsaufbau; gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden 2,7% mehr Erwerbstätige registriert, die geleisteten Arbeitsstunden waren sogar um 5,3% höher. Angesichts des hohen Niveaus der industriellen Produktion dürfte der Personalbestand gehalten werden, es könnte sogar zu weiteren Neueinstellungen kommen.

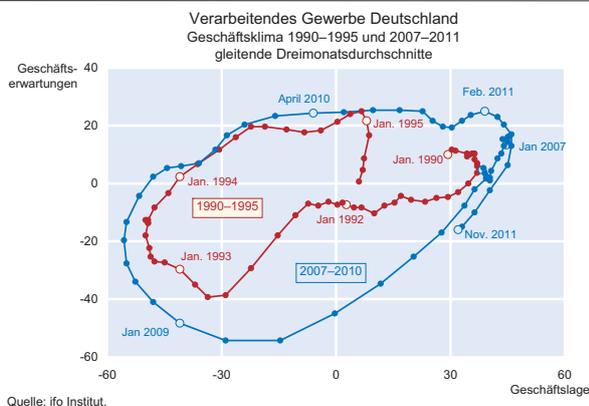
### **Gute Geschäftslage, aber überwiegend pessimistische Erwartungen**

Der vom ifo Institut ermittelte Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe, in dem die Urteile zur aktuellen Geschäftslage und die Einschätzungen der Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate zusammengefasst sind, spiegelt die aktuelle Entwicklung gut wider. Seit dem Höchstwert im Februar 2011 ist der Geschäftsklimawert zwar gesunken, hatte aber auch noch zuletzt ein positives Vorzeichen. Dabei wurde die aktuelle Geschäftslage das ganze Jahr über bis zu den jüngsten Meldungen vom Oktober 2011 per saldo gut beurteilt. Dagegen hat sich in den letzten Monaten bei den Geschäftserwartungen eine überwiegend pessimistische Grundhaltung durchgesetzt. Zu diesen aktuellen Einschätzungen kommen die Meldungen der Testteilnehmer über steigende Lagerbestände, eine schwächere Nachfrage, auch aus dem Ausland, und nur noch leicht positiv beurteilte Exporterwartungen. Insgesamt signalisiert dieses Stimmungsbild eine nachlassende Produktionsdynamik.

Ein Vergleich des gegenwärtigen Konjunkturzyklus mit der Entwicklung zu Beginn der 1990er Jahre zeigt eindrucksvoll die hohe Geschwindigkeit mit der die verschiedenen Phasen aktuell durchlaufen werden. Die Einschätzung der Konjunktur seitens der ifo-Testteilnehmer wies damals – nachdem der Höhepunkt des Aufschwungs Ende der 1980er Jahre und der Wiedervereinigungsboom ausgelaufen waren – bis Anfang 1992 stabile Erwartungen auf. Gleichzeitig hatte sich die Geschäftslage laufend verschlechtert. Zur Mitte des gleichen Jahres als das EWS – mit seinen seit 1987 über fünf Jahre stabilen Wechselkursen – zunehmend unter Druck seitens der Finanzmärkte kam verdüsterten sich die Geschäftsaussichten für die deutsche Industrie dramatisch. In der Folgezeit hatten die Unternehmen mit einer aufwertungsbedingten plötzlichen Verschlechterung der Preiswettbewerbsfähigkeit zu kämpfen. Es kam zu einem starken Arbeitsplatzabbau.

Die Eintrübung der Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate ist in erster Linie das Ergebnis eines sich verlangsamenden Aufschwungs nach der 2010 dynamisch verlaufenen Phase der Erholung. Das Niveau der Erwartungen ist jedoch weiter hoch und gibt keinen Anlass für Pessimismus, wie ein Vergleich mit der Stimmung in der Wirtschaft in den frühen 1990er Jahren zeigt. Die Unternehmen unterstellen bei ihren Meldungen zum Konjunkturtest, dass es nicht zu dramatischen Wirkungen im Ge-

Abb. 5  
ifo Konjunkturuhr



folge der Staatsschulden- und Bankenkrise kommt, die beispielsweise zu einem Auseinanderbrechen der Eurozone führen könnten.

Der stetige Rückgang des Geschäftsklimaindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe korrespondiert mit der zur Jahresmitte 2011 einsetzenden Abkühlung der Weltwirtschaft, die auf eine schwächer zunehmende Nachfrage in den großen Industrieländern zurückzuführen ist und auch durch das immer noch hohe Wachstum in den Schwellenländern nicht voll ausgeglichen werden kann. Dennoch bewegt sich die Produktion in Deutschland weiter auf hohem Niveau. Allerdings hat sich das geringere Wachstum der Bestellungen auch in den Meldungen zum ifo Konjunkturtest über die Entwicklung der Produktion niedergeschlagen, die zuletzt nur noch einen geringen Anstieg signalisieren. Nach der Hochrechnung der vom ifo Institut durchgeführten Branchenschätzungen ist für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt mit einer Steigerung der industriellen Produktion im Jahresdurchschnitt 2011 von real 7,7% zu rechnen.

### Staatsschulden belasten die weitere Entwicklung

Belastungen für die wirtschaftliche Entwicklung ergaben sich im laufenden Jahr vor allem durch die ungelösten Schuldenkrisen in einigen Euroländern, in den USA und in Japan. Aus den hohen und weiter steigenden Defiziten der öffentlichen Haushalte können durchaus Risiken im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft resultieren. Das ist entsprechend bei der Festlegung der Rahmendaten für das deutsche Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2012 zu berücksichtigen.

Die folgenden Annahmen über wesentliche weltwirtschaftliche Leitdaten und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die bestimmend für die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sind, basieren auf der Prognose des Herbstgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute.<sup>2</sup> Danach wird das Wachstum der Weltwirtschaft 2012 leicht auf 2,5% abnehmen, das reale Welthandelsvolumen wird

nach dieser Abschätzung um 5,0% zulegen. Daneben wird ein mittlerer Rohölpreis für 2012 von 113 US-Dollar je Barrel unterstellt und ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,38 US-Dollar je Euro zugrunde gelegt. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland, die 2010 real nur leicht gestiegen sind und im laufenden Jahr deutlich – um 1,2% – zunehmen werden, dürften 2012 voraussichtlich nur noch um knapp 1% höher sein. Nach dem Schub bei den Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2011 wird ein geringeres Plus für 2012 erwartet. Vor dem Hintergrund der erwarteten Abflachung des weltwirtschaftlichen Wachstums werden auch die Exporte weniger stark zunehmen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2012 – dem Herbstgutachten zufolge – um 0,8% höher ausfallen.

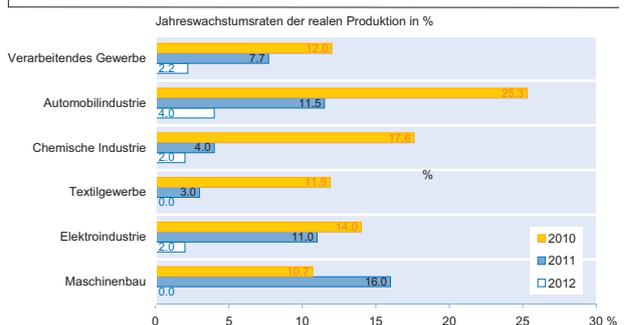
Die deutsche Industrie wird angesichts ihres hohen Exportanteils im Jahr 2012 vom Auslandsgeschäft und insbesondere der Investitionstätigkeit in den Schwellenländern profitieren. Das Verarbeitende Gewerbe wird im kommenden Jahr stärker als die Gesamtwirtschaft expandieren. Dazu trägt auch der zu erwartende Produktionsüberhang bei. Vor allem die Segmente der Investitionsgüterindustrie (Elektroindustrie, Fahrzeugbau, Metallzeugnisse), aber auch die großen Sparten des Vorleistungsgütergewerbes (chemische Industrie, Metallherzeugung und -bearbeitung) werden an den wachsenden Investitionen im Inland und der hohen Nachfrage auf dem Weltmarkt partizipieren können. Insgesamt wird das reale Produktionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2012 voraussichtlich um 2,2% steigen.

### Stabiles Wachstum im Investitionsgüterbereich ...

Das Investitionsgütergewerbe konnte 2010 mit einem Produktionsanstieg von 13,2% überdurchschnittlich stark von

<sup>2</sup> Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2011), a. a. O.

Abb. 6  
Prognosen zur Industrieproduktion in Deutschland und für ausgewählte Branchen



Verarbeitendes Gewerbe: Geringeres Produktionswachstum im Jahr 2012.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

der Nachfragebelebung profitieren. Diese Entwicklung resultierte aus einer auf das Gesamtjahr bezogenen kräftigen Erhöhung der Auslandsnachfrage (+ 32,6%) und der Inlandsbestellungen (+ 13,4%). Für die deutsche Industrie wirkte sich dabei besonders die hohe Auslandsabhängigkeit der Investitionsgüterbereiche positiv aus. Während aus der gesamten Industrie gut 46% der Produktion exportiert werden, setzen die Investitionsgüterproduzenten nahezu 60% ihrer Güter im Ausland ab.

Im laufenden Jahr konnte die Investitionsgüterindustrie weiter an der anhaltenden weltweiten Belebung teilhaben; das zeigt sich am Anstieg der Auslandsorders in den ersten acht Monaten 2011 um 15,5% und der inländischen Auftragseingänge um 13,9% real. Wegen der im Jahresverlauf sinkenden Auftragsbestände und der weniger steigenden Nachfrage dürfte sich der Produktionszuwachs 2011 auf 13% belaufen. Neben dem Maschinenbau, der Automobilindustrie und den Segmenten der Elektroindustrie trägt auch die Gruppe der Metallerzeugnisse zur Expansion des Investitionsgüterbereichs bei. 2012 wird die Investitionsgüterindustrie infolge ihres hohen Exportanteils vom niedrigeren Wachstum der Weltwirtschaft betroffen sein. Dabei ist zu erwarten, dass die Auslandsnachfrage stärker zunehmen wird als die Bestellungen des Inlands, die angesichts moderat steigender Ausrüstungsinvestitionen nur wenig zulegen werden. Diese Entwicklung kommt auch in den jüngsten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zum Ausdruck; danach werden die Geschäftserwartungen von den Investitionsgüterproduzenten zunehmend pessimistisch eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass im Jahresdurchschnitt 2012 bei der Investitionsgüterproduktion ein Plus von 2,7% zu erwarten ist.

### ... und Zuversicht in der Elektroindustrie

Andreas Gontermann, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik & Konjunktur des ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie, präsentierte die Stellung seiner Branche im internationalen Kontext und zeigte die Perspektiven

in einem sich zunehmend verlangsamenden konjunkturellen Umfeld auf. Die Elektroindustrie ist eine Branche mit einem sehr breiten Produktionsprogramm, das zu 13% industrielle Vorerzeugnisse, zu 76% Investitionsgüter und zu 11% Gebrauchsgüter, die überwiegend von den privaten Haushalten nachgefragt werden, umfasst. Insgesamt erzielte die Elektroindustrie 2010 einen Umsatz von 164 Mrd. Euro.

Die Elektroindustrie besitzt ein hohes Innovationspotenzial. Dies betrifft neben dem Anteil von Produktneuheiten am eigenen Umsatz, der auf etwa 40% zu beziffern ist, auch das Anstoßen von Innovationen in abnehmenden Branchen, beispielsweise dem Fahrzeugbau und dem Maschinenbau, die durch den Bezug von neu entwickelten Vorerzeugnissen eigene Innovationen vorantreiben können.

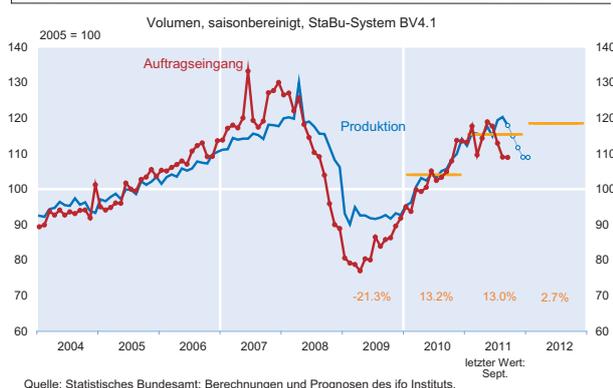
Der konjunkturelle Wiederaufstieg der Elektroindustrie im Jahr 2010 war stärker noch als von der Inlands- (+ 19%) von der Auslandsnachfrage (+ 28%) getrieben worden. Die wesentlichen Impulse waren aus Südostasien, insbesondere China, und Lateinamerika gekommen. Die Nachfrage aus Europa hatte in vergleichbarem Maß wie im Inland zugelegt. Im Jahr 2011 sind die Bestellungen weiter gewachsen – im Mittel über alle Regionen bis einschließlich September um 12%, allerdings hat die Dynamik zuletzt deutlicher nachgelassen.

In den Teilbereichen der Elektroindustrie kommt die Nachfrage im Konjunkturverlauf phasenverschoben an. Im jüngsten Aufschwung waren die Fahrzeugelektronik und die elektronischen Bauteile frühzeitig von steigenden Bestellungen betroffen, während die Industrieelektronik und die für den Maschinenbau bestimmten Erzeugnisse erst verzögert reagiert hatten. Die gegenwärtige Lage ist durch eine sich merklich verlangsamende Geschäftsentwicklung bei den »Frühstartern« gekennzeichnet, während die anderen Bereiche weiterhin dynamisch expandieren.

Die Entwicklung der Nachfrage stellt zunehmend höhere Ansprüche an die Reaktionsfähigkeit von Unternehmen. Über einen langen Zeitraum sind die Ausschläge stärker und die Zyklen kürzer geworden. Dem Einbruch der Produktion in Folge der schweren Rezession zu Beginn der 1990er Jahre folgte ein langwieriger Erholungsprozess. Der vormalige Höhepunkt wurde erst nach 70 Monaten wieder erreicht. Die Rezession infolge des Platzens der Dot-Com-Blase löste einen Produktionseinbruch aus, der nach 52 Monaten kompensiert werden konnte. Diese Zeitspanne hat sich in der jüngsten, durch die Finanzkrise ausgelösten Rezession auf nur 38 Monate verkürzt.

Die Elektroindustrie wird es wohl 2011 schaffen, das Rekordniveau des Jahres 2008 wieder zu erreichen bzw. sogar zu übertreffen. Dem Rückgang der Produktion um ein Fünftel im Jahr 2009 stehen ein starker Anstieg von 14% im letzten Jahr und voraussichtlich ein weiterer Zuwachs um

**Abb. 7**  
Prognose zur Produktion von Investitionsgütern in Deutschland



mehr als ein Zehntel im laufenden Jahr gegenüber. Für das kommende Jahr erwartet Andreas Gontermann zwar eine weitere Dämpfung des Produktionswachstums, bleibt aber mit einer Prognose von preisbereinigten bis zu +5% deutlich über der vorsichtigeren Einschätzung des ifo Instituts.

**Moderate Zunahme der Konsumgüterproduktion**

Die Konsumgüterproduktion ist tendenziell weniger von konjunkturellen Schwankungen betroffen; sie ist daher 2010 nur um 3,2% höher gewesen. Die Auslandsaufträge stiegen in den ersten acht Monaten 2011 um 5,0% und der Auftragseingang aus dem Inland nahm in diesem Zeitraum um 3,4% zu. Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlandsgeschäfts war die Gesamtnachfrage nach den Erzeugnissen der einheimischen Konsumgüterproduzenten um lediglich 4,2% höher. Im Jahresdurchschnitt 2011 dürfte die Produktion dieses Bereichs um 2,8% steigen. Nach den aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest wurde die Geschäftslage von den Herstellern von Konsumgütern per saldo bis zuletzt gut beurteilt, bei den Geschäftserwartungen setzte sich in den jüngsten Meldungen eine überwiegend pessimistische Haltung durch. Daher wird angesichts der erwarteten, niedrigeren Zunahme der privaten Konsumausgaben und des geringeren Wirtschaftswachstums das reale Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie 2012 um 1,6% höher ausfallen.

**Deutsche Möbelindustrie profitiert vom Inlandsmarkt**

Jan Kurth, Leiter Politik und Wirtschaft des Verbandes der Deutschen Möbelindustrie – VDM, präsentierte die Stellung seiner Branche im internationalen Kontext und zeigte die Perspektiven in einem zunehmend schwierigeren konjunkturellen Umfeld auf. Die weltweite Herstellung von Möbeln hatte 2010 einen Wert von 260 Mrd. Euro erreicht. China führt den Reigen mit einem Anteil von gut 30% an. Es folgen die USA mit

14%. Mit deutlichem Abstand liegen Italien, Deutschland und Frankreich mit Anteilen von 7%, 6% und 3% dahinter.

Während die USA, Japan und Frankreich im internationalen Handel nur eine untergeordnete Rolle spielen, sind die anderen wichtigen Nationen stark exportorientiert. China hat seinen Anteil am Welthandel in den zurückliegenden Jahren ausgebaut und exportiert etwa 2,5-mal mehr als Italien, das die zweite Position einnimmt. Neben den etablierten Nationen ist Polen zu einem international führenden Produktionsstandort aufgestiegen. Ausländische Direktinvestitionen – überwiegend aus Deutschland – haben zu dieser Entwicklung wesentlich beigetragen.

Die Internationalisierung des Möbelmarkts hat in der zurückliegenden Dekade Fortschritte gemacht. Während Ende der 1990er Jahre die weltweiten Importe am Marktvolumen erst einen Anteil von 22% hatten, ist er zwischenzeitlich auf etwa 30% angestiegen. Der Preiswettbewerb wird vor allem von den Standorten in China und Polen aus getrieben. Die Einfuhren Deutschlands aus diesen beiden Ländern sind in den vergangenen zehn Jahren kräftig, auf rund ein Viertel des Marktvolumens angestiegen.

Die deutsche Möbelindustrie liegt mit einem Produktionswert von rund 16 Mrd. Euro weltweit an vierter Stelle. Sie profitiert von einem Inlandsmarkt, der gemessen an der Kaufbereitschaft zu den mit Abstand interessantesten Märkten gehört. Pro Kopf und Jahr werden für Möbel in Deutschland rund 360 Euro ausgegeben. Dieser Betrag ist um mehr als 50% höher als in anderen kaufkräftigen Märkten. Allerdings herrscht ein harter Preiswettbewerb, der einerseits von steigenden Importen und andererseits von der Absatzseite durch eine Konzentration auf den freien Möbelhandel und die großen Einkaufsverbände getrieben wird.

Im Gegensatz zur italienischen Möbelindustrie, die durch die Existenz einer Vielzahl von kleinen Unternehmen gekennzeichnet ist, sind deutsche Unternehmen, obwohl es sich hier auch um eine mittelständische Branche handelt, größer. Sie sind international gut vernetzt, sowohl auf der Produktionsseite mit Standorten im Ausland als auch vertriebsseitig mit Niederlassungen und Repräsentanten in wichtigen Absatzmärkten. Das Produktionsprogramm konzentriert sich auf standardisierte Systemmöbel im Bereich Küche und Büro sowie auf den Bereich der hochwertigen Wohnmöbel. Diese Marktsegmente sind weniger als andere anfällig gegenüber der Konkurrenz aus Niedriglohnländern und profitieren zusätzlich auch noch von einem veränderten, zunehmend polarisierten Verbraucherverhalten. Die qualitativ hochwertige Ware gewinnt Anteile am Gesamtmarkt ebenso wie die Billigware. Beide Bereiche nehmen dem mittleren Marktsegment Anteile weg.

Die deutsche Möbelindustrie hatte während der Rezession 2009 einen Einbruch von 11,3% beim Umsatz erlitten. 2010



fand nur eine moderate Erholung (+2,8%) statt, die 2011 deutlich an Dynamik gewonnen hat. Ein Plus von 5% wird erwartet, so dass die Verluste aus der Krise etwa zu zwei Drittel kompensiert werden dürften.

Die Perspektiven für die Möbelindustrie stellen sich in Anbetracht des Konsumklimas positiv dar. Zwar haben sich die Konjunkturerwartungen seit dem Herbst 2010 deutlich eingetrübt, die Kaufbereitschaft der Konsumenten zeigt sich davon jedoch bisher unbeeindruckt. Die Einkommen der privaten Haushalte sollten im kommenden Jahr spürbar steigen und die Neigung zur Anschaffung langlebiger Wirtschaftsgüter ist unverändert hoch. Hinzu kommt, dass der Wohnungsbau, Geschosswohnungen ebenso wie Ein- und Zweifamilienhäuser, in den kommenden Jahren expandieren wird und die Nachfrage nach Möbeln stimuliert. Die Produktion der deutschen Möbelindustrie wird 2012 nach Einschätzung von Jan Kurth um preisbereinigt 1,5% zulegen. Er ist damit zurückhaltender als das ifo Institut mit seiner optimistischeren Prognose von 3,5%.

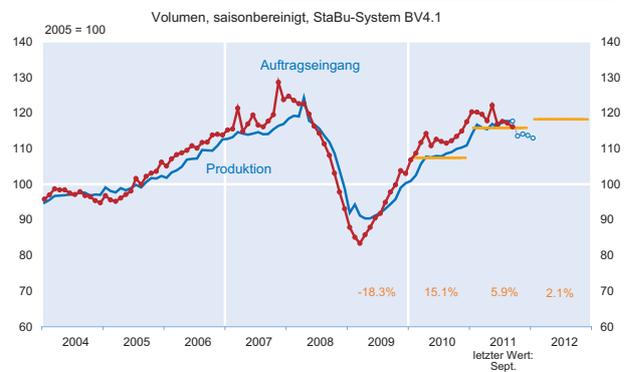
### Geringe Zunahme der Vorleistungsgüterproduktion

Die Vorleistungsgüterproduktion eilt im Allgemeinen der Konjunktur im gesamten Verarbeitenden Gewerbe voraus. Entsprechend früh wurde sie auch nach der Krise von der wirtschaftlichen Erholung erfasst; gegenwärtig ist angesichts steigender Lagerbestände und einer geringeren Wachstumsdynamik der umgekehrte Effekt zu beobachten. Bei einem realen Plus der Auslandsbestellungen von 20,3% und der Inlandsnachfrage von 22,5% stieg die Produktion im Jahresdurchschnitt 2010 kräftig um 15,1%. In den ersten acht Monaten 2011 erhöhte sich die reale Nachfrage sowohl aus dem Ausland als auch im Inland um 8,1%; das dürfte zu einem Produktionswachstum von rund 6,0% im Gesamtjahr 2011 führen. Die stabile Produktion hat in dieser Gruppe bis zum August 2011 zu einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl um fast 4% gegenüber der gleichen Vorjahresperiode geführt; das liegt deutlich über der Zunahme der Beschäftigung im gesamten Verarbeitenden Gewerbe. Die Aussichten für den Bereich der Vorleistungsgüter sind, wie auch die aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest belegen, nicht mehr so günstig. Die Geschäftserwartungen wurden zuletzt von einer Mehrheit der Produzenten pessimistisch eingeschätzt. Der Bereich der Vorleistungsgüter wird aber weiter vom, allerdings niedrigeren Wirtschaftswachstum profitieren. 2012 wird die Produktion voraussichtlich mit einem realen Plus von rund 2,0% abschließen.

### Stahlindustrie hat sich auf schwächeres Wachstum eingestellt

*Martin Theuring*, Leiter des Geschäftsfelds Wirtschaft und Märkte der Wirtschaftsvereinigung Stahl, präsentierte die Stel-

**Abb. 9**  
Prognose zur Produktion von Vorzeugnissen in Deutschland



lung der Stahlindustrie in Deutschland im internationalen Kontext und zeigte die Perspektiven in einem zunehmend schwierigen konjunkturellen Umfeld auf. Der weltweite Stahlmarkt befindet sich im Zusammenhang mit der regionalen Verschiebung der wirtschaftlichen Gewichte in einem Umbruch. Noch Mitte des letzten Jahrzehnts kam die Nachfrage nach Stahl zu etwa 40% aus den OECD-Ländern. Während der Finanz- und Wirtschaftskrise war der Markt um mehr als ein Drittel eingebrochen. Von dem Rückgang, der seinen Tiefpunkt im Jahr 2009 erreicht hatte, erholte sich der Markt in den entwickelten Ländern nur langsam. Ende des laufenden Jahres wird das Vorkrisenniveau noch um mehr als ein Zehntel unterschritten, und für 2012 wird ein deutlich schwächeres Marktwachstum erwartet, so dass ein Anstieg der Produktion auf den vormaligen Höhepunkt nicht absehbar ist.

Unter den großen Stahl produzierenden Ländern sind zunehmend aufstrebende Schwellenländer, die nicht nur ihren Heimatmarkt sondern vermehrt Exportmärkte bedienen. China – einst ein Stahlimporteur – ist zwischenzeitlich der mit Abstand größte Stahlproduzent weltweit und zu einem Nettoexporteur geworden, dessen Stahlausfuhren an die Produktionsmenge Deutschlands heranreichen.

Die Stahlindustrie in Deutschland hat sich den Herausforderungen durch den steigenden Wettbewerbsdruck gestellt und sich auf höherwertige Stahlsorten konzentriert. Darüber hinaus ist sie eng in die Wertschöpfungsketten der zentralen Industrien in Deutschland integriert und damit ein wichtiger Faktor für die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit des exportorientierten Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland; mehr als die Hälfte der deutschen Warenexporte ist »stahlintensiv«, wie etwa der Straßenfahrzeug- oder der Maschinenbau.

Die im Rahmen der konjunkturellen Erholung global stark angestiegene Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen hat den Stahlherstellern eine rasche Ausweitung der Produktion ermöglicht. Die Kapazitätsauslastung hat im internationalen Vergleich einen Spitzenwert erreicht. Das Re-

**Tab. 2**  
**Prognosen zur Industrieproduktion nach Sektoren und Branchen getrennt für Deutschland**  
 Veränderungsraten, in % gegenüber Vorjahr

WZ 2008	Branche	Ist-Werte		Schätzung 2011	Prognose	
		2009	2010		2012	2013
D	Verarbeitendes Gewerbe	- 17,3	12,0	7,7	2,2	2,5
	Vorleistungsgüter	- 18,3	15,1	5,9	2,1	3,2
	Investitionsgüter	- 21,3	13,2	13,0	2,7	3,7
	Konsumgüter	- 5,7	3,2	2,8	1,6	1,5
10	Ernährungsgewerbe	- 0,1	1,8	1,5	1,0	1,0
13	Textilgewerbe	- 19,6	11,9	3,0	0,0	1,0
14	Bekleidungs-gewerbe	- 14,0	- 0,3	- 1,0	- 2,0	0,0
16	Holzgewerbe	- 12,3	6,3	4,0	3,0	3,0
17	Papiergewerbe	- 7,6	8,1	1,0	2,0	2,0
18	Druckerei, Vervielfältigung	- 7,0	1,0	1,5	2,0	2,0
19	Mineralölverarbeitung	- 8,6	- 1,5	- 1,0	0,0	1,0
20	Chemikalien	- 14,3	17,6	4,0	2,0	3,0
21	Pharmazeutika	- 2,2	0,6	8,0	2,0	2,0
22	Gummi- und Kunststoffwaren	- 12,1	13,2	5,5	3,0	4,0
23	Glas, Keramik, Steine und Erden	- 11,8	7,4	8,0	3,0	5,0
24	Metallerzeugung, -bearbeitung	- 27,2	21,0	9,0	2,0	3,0
25	Metallerzeugnisse	- 21,8	14,6	10,0	3,0	4,0
26	Elektronik, Geräte und Ausrüstungen	- 21,5	17,6	18,0	6,0	5,0
27	Elektrische Ausrüstungen		13,6	7,9	1,1	3,0
	darunter:					
	Ausrüstungsgüter		14,4	8,5	1,0	3,0
	Gebrauchsgüter		8,8	4,1	2,0	3,0
28	Maschinenbau	- 26,0	10,7	16,0	0,0	3,0
29	Automobilindustrie	- 21,7	25,3	11,5	4,0	4,0
30	Sonstiger Fahrzeugbau	- 2,0	- 5,3	- 8,0	5,0	3,0
31	Möbel	- 14,5	1,9	6,5	3,5	1,0
32	Sonstige (Konsum-)Waren	- 7,6	7,8	4,0	3,0	2,0
ET	Nachrichtlich: Elektrotechnik	- 20,6	14,0	11,0	2,0	3,2
ME	Metall- und Elektroindustrie <sup>a)</sup>	- 22,6	17,2	11,8	2,6	3,6

<sup>a)</sup> WZ 2008: 24–30 und 32.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

kordniveau der Produktion von 2007 kann im laufenden Jahr jedoch noch nicht wieder eingestellt werden. Nach dem Einbruch der Rohstahlproduktion 2009 um 29% waren die Produktionsausweitungen um ein Drittel 2010 und um 3% zwischen Januar–September 2011 nicht ausreichend.

Für das kommende Jahr ist mit einer Verlangsamung des Wachstums der Stahlnachfrage zu rechnen. Die schwächer expandierende Weltwirtschaft, von der auch die Schwellenländer betroffen sind, und die europäische Staatsschulden- und Bankenkrise haben die Erwartungen der Unternehmen seit Monaten zunehmend eingetrübt, ohne dass ein baldiger Stimmungsumschwung in Sicht ist. Erst ab dem Frühjahr des kommenden Jahres wird von einer Trendwende ausgegangen. Ein nochmaliger Einbruch bei der Stahlnachfrage ist jedoch nicht zu erwarten, da die Auftragsbe-

stände bei den Kundenindustrien noch auf einem sehr hohen Niveau sind. Hinzu kommt, dass ein den Zyklus verstärkender Lagereffekt diesmal nicht angelegt ist. Die Lagerhaltung im Distributionssektor ist auf einem moderaten Niveau und erfordert 2012 keine Anpassung der Bestände. Die Prognose des ifo Instituts für eine Stagnation der Rohstahlproduktion 2012 betrachtet Martin Theuringer als ein realistisches Szenario. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl wird eine eigene Prognose erst zum Jahresende veröffentlichen.

## Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel

Josef Lachner und Arno Städtler

Im Branchenforum Handel beschäftigten sich die Referenten mit der konjunkturellen Entwicklung im Großhandel und im Einzelhandel, dem Online-Handel und dessen Konsequenzen für die Struktur des Handels sowie Maßnahmen zur Reaktion auf steigende Kosten für Energie.

### Großhandel: Umsatzstabilisierung nach kräftiger Expansion ...

Über die konjunkturelle Entwicklung im Handel referierte *Arno Städtler*, ifo Institut. Im gesamten Großhandel (ohne Handelsvermittlung und ohne Kraftfahrzeughandel) setzte sich die Aufwärtsentwicklung der nominalen Umsätze, die während des gesamten Jahres 2010 angehalten hatte, auch im ersten Quartal 2011 unvermindert fort. In den darauf folgenden fünf Monaten veränderten sich die nominalen Umsätze nur geringfügig, sie tendierten eher seitwärts. Nach einem Umsatzplus im Jahr 2010 von nominal 11,5 und real 6,2% ergab sich für die ersten beiden Tertiale des Jahres 2011 ein nominales Plus gegenüber dem Umsatzergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums von 10,2%. Dieses Plus ist jedoch in erheblichem Umfang auf gestiegene Verkaufspreise zurückzuführen, real belief sich der Zuwachs auf 2,8%.

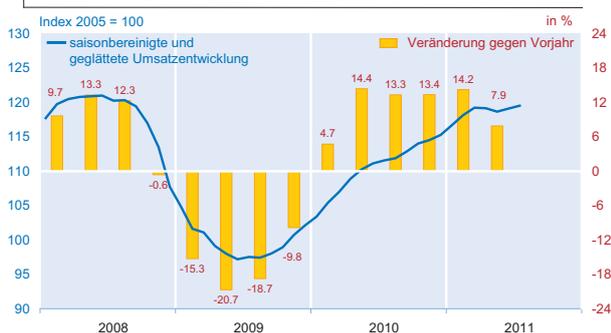
### ... sowohl im Produktionsverbindungshandel ...

Die im Produktionsverbindungshandel zusammengefassten Unternehmen mit Vorprodukten und Investitionsgütern verzeichneten in den zurückliegenden Jahren besonders deutliche Umsatzschwankungen. Einem durch-

schnittlichen Rückgang der nominalen Umsätze im Jahr 2009 um 22,2% (real: – 10,9%) folgte im Jahr 2010 – nach einer beträchtlichen Aufwärtsbewegung – ein Plus von 16,5% (real: + 8,3%). Die Umsatzbelebung hielt auch zu Beginn des Jahres 2011 an, danach blieben die nominalen Umsätze – abgesehen von einer Schwäche im Juni – weitgehend unverändert. In den ersten acht Monaten des Jahres 2011 waren die Umsätze um 14,5% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Diese Zunahme ist allerdings in erster Linie erhöhten Verkaufspreisen zuzuschreiben, die wohl hauptsächlich eine Weitergabe gestiegener Beschaffungspreise darstellen. Preisbereinigt ergibt sich aber immerhin noch ein Zuwachs von 4,2%. Die Umsätze im Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen stiegen mit 16,5% stärker als im gesamten Produktionsverbindungshandel, real blieben sie geringfügig hinter dessen Zuwachs zurück (+ 4,0%). Den Großhändlern dieses Bereichs, die vielfach als Zulieferer fungieren, kam die im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegene Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe zugute. Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes berichteten im Rahmen des ifo Konjunkturtests vom Oktober über eine Kapazitätsauslastung von 84,8%. Damit waren die Anlagen stärker beschäftigt als vor Jahresfrist (83,3%). Seit Sommer 2011 ist der Auslastungsgrad allerdings zurückgegangen, im Juli belief er sich noch auf 86,1%. Eine ähnliche Entwicklung ist im Bauhauptgewerbe zu beobachten. Im Oktober waren hier die Anlagen zu 72,6% ausgelastet; im Oktober des Vorjahres belief sich der Auslastungsgrad auf 70,0%. In diesem Zeitraum wurde der höchste Wert im April errechnet (74,5%). Der Rückgang des Auslastungsgrads im produzierenden Gewerbe in den vergangenen Monaten dürfte teilweise auch auf die deutliche Ausweitung der Fertigungskapazitäten zurückzuführen sein. Darauf deutet neben den gesamtwirtschaftlichen Indikatoren über die Entwicklung der realen Investitionen in Ausrüstungen die Umsatzentwicklung des Großhandels mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör hin. Dessen nominale Umsätze waren im Zeitraum von Januar bis August 2011 um 19,2 und real um 16,5% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Handel mit Erzen, Metallen und Halbzeug spielten bei der überdurchschnittlichen Zunahme der nominalen Umsätze die gestiegenen Verkaufspreise eine wesentliche Rolle. Im Handel mit festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen war der beachtliche Anstieg der nominalen Umsätze nahezu vollständig auf höhere Preise zurückzuführen, real waren die Umsätze nur geringfügig höher als im Vorjahr. Der Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik verzeichnete infolge gesunkener Verkaufspreise einen geringeren nominalen Umsatz als in den ersten beiden Terialen des Vorjahres. Ein beachtliches nominales Umsatzplus ergab sich im Handel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren; real verfehlten sie das Vorjahresergebnis jedoch deutlich. Im Groß-

Abb. 10

#### Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

**Abb. 11**  
Entwicklung der nominalen Umsätze im Produktionsverbundhandel



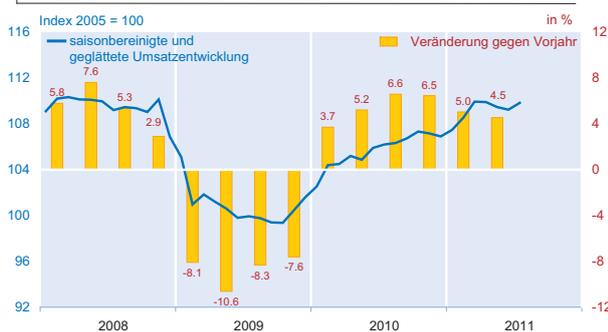
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

handel mit Holz, Baustoffen, Sanitärkeramik und Anstrichmitteln übertrafen die Umsätze im Zeitraum von Januar bis August das Vorjahresergebnis nominal wie real beträchtlich. Die baunahen Großhandelssparten profitierten neben der Expansion des Bauhauptgewerbes auch von der lebhaften Nachfrage nach Leistungen des Ausbaugewerbes, insbesondere im Zusammenhang mit der energetischen Sanierung.

**... als auch im Konsumgütergroßhandel**

Von wesentlich geringeren Schwankungen ist die konjunkturelle Entwicklung im Konsumgütergroßhandel gekennzeichnet. Nach den rezessionsbedingten Einbußen tendierten die Umsätze im Jahr 2010 nach oben und übertrafen das Vorjahresergebnis nominal um 5,5 und real um 3,4%. Die Aufwärtsentwicklung setzte sich im ersten Quartal 2011 beschleunigt fort. Trotz eines darauf folgenden leichten Rückgangs waren die nominalen Umsätze in den ersten acht Monaten des Jahres 2011 um 4,7% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieser Zuwachs war jedoch in erster Linie das Ergebnis gesteigerter Verkaufspreise, real ergab sich lediglich ein Plus von 1,1%. Innerhalb des Konsumgütergroßhandels steiger-

**Abb. 12**  
Entwicklung der nominalen Umsätze im Konsumgütergroßhandel



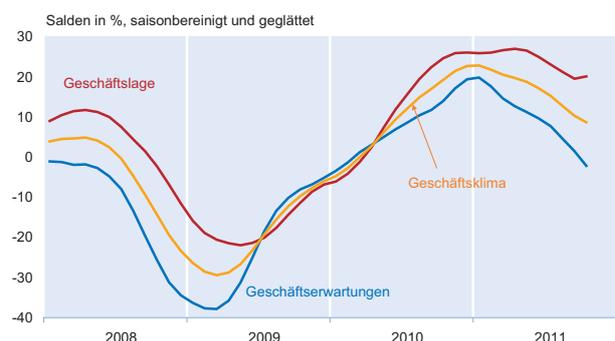
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

ten die hauptsächlich im Vertrieb von Nahrungs- und Genussmitteln engagierten Großhändler die nominalen Umsätze beträchtlich, was allerdings ausschließlich auf erhöhte Verkaufspreise zurückzuführen ist. Preisbereinigt waren die Umsätze sogar etwas niedriger als im Vorjahr. Im Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern stiegen die nominalen Umsätze schwächer, die realen jedoch stärker als im Konsumgütergroßhandel insgesamt. Innerhalb des Großhandels mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern nahmen die Umsätze vor allem im Großhandel mit Schuhen sowie im Großhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren zu. Mit einer verringerten Nachfrage waren dagegen die Großhändler mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln sowie die hauptsächlich im Vertrieb von Möbeln, Teppichen, Lampen und Leuchten engagierten Großhandelsfirmen konfrontiert.

**Großhandel insgesamt: Nachlassende Auftriebskräfte erwartet**

Die erwartete Zunahme der Importe, der Ausrüstungsinvestitionen, der Bauinvestitionen sowie der privaten Nachfrage wird sich in den nächsten Monaten positiv auf die Entwicklung der Großhandelsumsätze auswirken. Allerdings werden die Auftriebskräfte an Dynamik verlieren. Neben den gesamtwirtschaftlichen Indikatoren deuten auch die Erwartungen der am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Großhändler eher auf eine Abschwächung der nach wie vor überwiegend als gut bewerteten Geschäftslage hin. Die ungünstigeren Perspektiven sowie die wieder häufiger als zu hoch eingeschätzten Warenbestände dürften die Unternehmen dazu bewogen haben, die Bestellpläne etwas nach unten zu korrigieren. Sie wollten allerdings auch in den kommenden Monaten mehr Order platzieren als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Beschäftigtenpläne waren ebenfalls weniger stark auf Expansion ausgerichtet. Die Unternehmen rechneten mit Spielräumen für eine Anhebung der Verkaufspreise.

**Abb. 13**  
Geschäftsentwicklung im Großhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

### Produktionsverbindungshandel: Aussichten trüben sich ein

Die im Rahmen des ifo Konjunkturtests geäußerten Erwartungen des Produktionsverbindungshandels deuten auf eine Verschlechterung der Geschäftslage in den kommenden Monaten hin. Damit stehen sie im Einklang mit den Perspektiven zweier wichtiger Kundengruppen, den Firmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Bauhauptgewerbes. Die Industrieunternehmen waren skeptisch hinsichtlich der weiteren Entwicklung und schätzten auch den zukünftigen Export weniger zuversichtlich ein. Entsprechend beabsichtigten sie nun, ihre Produktion nicht mehr so stark auszuweiten und kurzfristig womöglich sogar einzuschränken. Damit dürften auch auf die Nachfrage nach Rohstoffen und Halbwaren geringere Impulse ausgehen. Die nachlassenden Auftriebskräfte werden sich nicht nur auf die Geschäftsentwicklung der Händler mit Vorprodukten, sondern auch auf die im Geschäft mit Investitionsgütern engagierten Großhändler auswirken und ihre Aufwärtsentwicklung bremsen. Auch die Aussichten der Unternehmen des Bauhauptgewerbes haben sich in den zurückliegenden Monaten eingetrübt. Für das gesamte Jahr 2012 lassen die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen jedoch eine günstige Entwicklung der baunahen Großhandelssparten erwarten. Für den Wohnungsbau kann vor allem in Regionen, die angesichts einer regen wirtschaftlichen Entwicklung über positive Beschäftigungsperspektiven verfügen, von einem Anstieg der Investitionen ausgegangen werden. Dazu tragen neben Neubauten auch Bestandsmaßnahmen, wie die energetische Sanierung bei. Diese zählten bereits in den zurückliegenden Jahren zu den Stützen der Nachfrage nach Ausbaumaßnahmen. Sie werden von der im Rahmen der Energiewende aufgestockten Förderung positiv beeinflusst. Auch der Wirtschaftsbau dürfte zulegen. Impulse gehen vom Verarbeitenden Gewerbe und vom Handel aus, die Fabrikgebäude bzw. Gebäude für Transport- und Lagereinrichtung sowie Verkaufsstätten errichten. Für den öffentlichen Bau sind dagegen Einschränkungen zu erwarten. Insgesamt werden die nominalen Umsätze des Produktionsverbindungshandels im Jahr 2012 das günstige Ergebnis des Jahres 2011 übertreffen. Die Wachstumsrate dürfte allerdings geringer ausfallen.

handels im Jahr 2012 das günstige Ergebnis des Jahres 2011 übertreffen. Die Wachstumsrate dürfte allerdings geringer ausfallen.

### Konsumgütergroßhandel: Schwindende Zuversicht

Der Konsumgütergroßhandel profitierte im Jahr 2011 von der gestiegenen Konsumfähigkeit und -bereitschaft der privaten Haushalte. Die Unternehmen dieses Bereichs bewerteten ihre Geschäftslage während der ersten zehn Monate überwiegend als gut. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung hielten sich zu Beginn des vierten Quartals zuversichtliche und skeptische Einschätzungen der Unternehmen die Waage, nachdem sich die Aussichten in den Monaten davor eingetrübt hatten. Sie rechneten also – insgesamt gesehen – mit einer Stabilisierung der Geschäftslage. Das hat sich auch auf die Bewertung der Warenlager ausgewirkt, die nun wieder etwas häufiger als zu hoch empfunden wurden. Ihre Pläne waren weniger oft auf zunehmende Bestellungen ausgerichtet. Sie beabsichtigten aber auch für die nächsten drei Monate, höhere Order zu vergeben als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Firmenpläne sahen keine wesentliche Veränderung des Personalstands vor. Die Großhändler im Konsumgüterbereich werden im Jahr 2012 von einem erneut – wenn auch etwas schwächer als im Vorjahr – steigenden verfügbaren Einkommen profitieren, das die Kaufbereitschaft der Letztverbraucher begünstigen wird. Steigende Umsätze im Einzelhandel werden relativ rasch auf die Absatzfähigkeit der Konsumgütergroßhändler durchschlagen. Die erhöhte Lieferbereitschaft der Großhändler hat ihre Kunden auf der Einzelhandelsstufe bewegt, ihre Warenlager und den Kapitaleinsatz dafür gering zu halten. Ohne größere Preisreduzierungen vornehmen zu müssen, können die Einzelhändler damit kurzfristig auf modische und technische Veränderungen in ihren jeweiligen Produktsegmenten reagieren. Die Umsatzentwicklung des Konsumgütergroßhandels dürfte im Jahr 2012 angesichts weiterer, wenn auch abgeschwächt zunehmender Nettolöhne und -gehälter sowie

Abb. 14  
Geschäftsentwicklung im Produktionsverbindungshandel

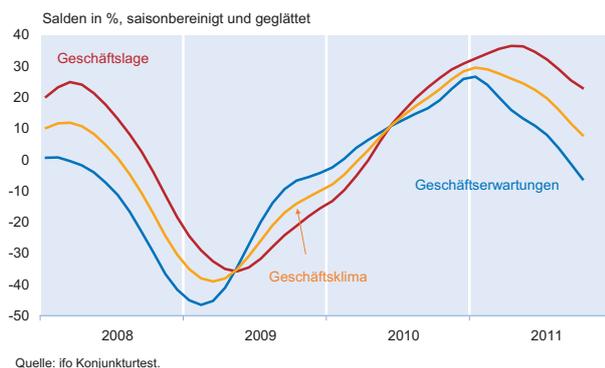
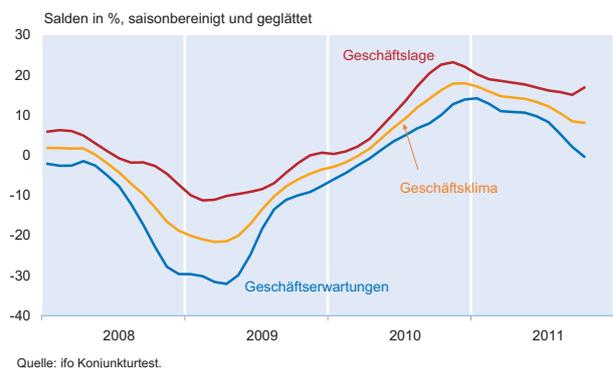


Abb. 15  
Geschäftsentwicklung im Konsumgütergroßhandel



steigender Einkommen aus Gewinnen und Vermögen moderat aufwärts gerichtet bleiben.

### Einzelhandelsumsätze im Aufwärtstrend

Im Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) standen die nominalen Umsätze im ersten Quartal 2011 im Zeichen einer deutlichen Zunahme. Nach einer Schwäche im Frühsommer setzte sich der Aufwärtstrend fort. In den ersten beiden Tertialen waren die nominalen Umsätze den Daten des Statistischen Bundesamtes zufolge um 2,8% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, real ergab sich ein Plus von 1,3%. Deutliche Entwicklungsunterschiede zeigten sich in den großen Vertriebstypenaggregaten. Wesentlich stärker als im Durchschnitt des gesamten Einzelhandels erhöhten sich die Umsätze im katalog- und internetbasierten Versandhandel (nominal: + 6,9%; real: + 6,1%). Dabei handelt es sich um die durchschnittliche Umsatzentwicklung von Unternehmen, die hauptsächlich in diesen Vertriebsformen aktiv sind. Unternehmen, die vorwiegend stationären Einzelhandel betreiben, erzielten im Zeitraum von Januar bis August Umsätze, die das Vorjahresergebnis nominal um 2,4 und real um 1,1% übertrafen.

Innerhalb des stationären Einzelhandels verlief die Umsatzentwicklung in den einzelnen Sparten recht unterschiedlich. Wesentlich besser als in den ersten acht Monaten des Vorjahres haben die Einzelhändler mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör abgeschnitten. Ihre Umsätze übertrafen das damalige Ergebnis nominal um 8,4 und real um 5,1%. Ein nominales Umsatzplus von 8,1% ergab sich für den Einzelhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren; real bedeutet das einen Anstieg um 6,5%. Die Umsätze des Einzelhandels mit Wohnmöbeln expandierten nominal um 5,8 und real um 4,8%. Mit nominalen Umsatzeinbußen um 8,1% war der Facheinzelhandel mit Telekommunikationsgeräten konfrontiert. Dieses Minus ist allerdings ausschließlich auf gesunkene Verkaufspreise zurückzuführen, preisbereinigt ergab sich ein Umsatzanstieg um 2,9%. Au-

Berdem verzeichneten auch Einzelhändler mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern einen Umsatzrückgang (nominal: - 6,7%; real: - 8,4%).

Das aus Erhebungsergebnissen des ifo Konjunkturtests ermittelte Geschäftsklima tendierte in den ersten zehn Monaten 2011 nach unten; damit hielt die im Herbst 2010 einsetzende Abschwächung an. Die Einzelhändler mit einer guten Geschäftslage waren zwar auch im Oktober gegenüber jenen, die ihre Situation als schlecht bewerteten, in der Überzahl, der Testsaldo signalisiert jedoch eine wesentlich ungünstigere Lage als zu Beginn des Jahres. Die nachlassende Dynamik hat sich auch auf die Bewertung der Warenlager ausgewirkt. Diese werden inzwischen vermehrt als zu hoch empfunden. Die Geschäftserwartungen der Einzelhändler deuten für die kommenden Monate auf keine wesentliche Änderung der insgesamt zufriedenstellenden Situation hin. Der gestiegene Lagerdruck dürfte die Unternehmen aber dennoch dazu bewegen haben, die Bestellpläne nach unten zu korrigieren und in den nächsten Monaten weniger Ware zu ordern als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Pläne der Firmen sahen allerdings eine Zunahme des Personalstands vor. Den aktuellen Befragungsergebnissen zufolge gehen die Einzelhändler wieder häufiger von Spielräumen für Preisanhebungen aus.

### Günstige Perspektiven

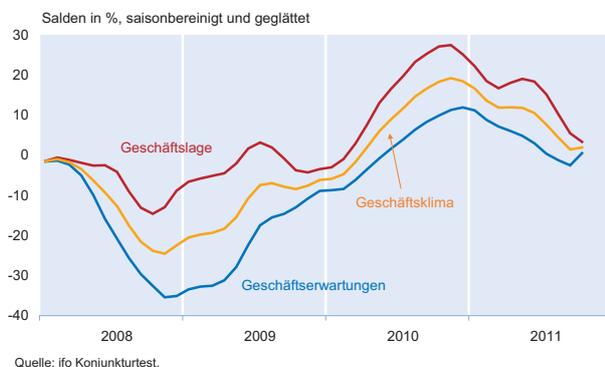
Für das Jahr 2012 ist im Vergleich zu 2011 mit einer etwas ungünstigeren Konstellation der gesamtwirtschaftlichen – für die Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes relevanten – Daten zu rechnen. So zeichnet sich eine leicht verringerte Zunahme des verfügbaren Einkommens ab. Die Nettolöhne und -gehälter sowie die Gewinn- und Vermögenseinkommen dürften weniger stark zunehmen als im Jahr 2011. Die monetären Sozialleistungen werden nach dem Rückgang dagegen wieder etwas steigen. Da die Sparquote weitgehend unverändert bleibt, werden die Ausgaben der privaten Haushalte mit 2,5% ähnlich stark expandieren wie das verfügbare Einkommen. Die Einzelhandelsumsätze dürften mit dieser Entwicklung jedoch nicht Schritt halten können. Höhere Ausgaben für Gesundheit, Verkehr und Energie werden einen wachsenden Einkommensanteil beanspruchen. Es ist davon auszugehen, dass die Konsumenten eher die Käufe handelsaffiner Waren zurückstellen werden. Bei Einkäufen im Einzelhandel werden sie verstärkt Angebote nutzen, die in der Werbung für Sonderverkaufsaktionen als besonders preisgünstig herausgestellt werden. Außerdem werden sie Vertriebsformen des Einzelhandels als Einkaufsquelle bevorzugen, die als besonders preiswert gelten. Das steigende Preisbewusstsein der privaten Haushalte dürfte neben den Discountern auch Anbietern zugutekommen, die an verkehrsgünstig gelegenen Standorten ein umfangreiches Sortiment unter einem Dach bieten. Auch der inter-

Abb. 16  
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel<sup>1)</sup>



<sup>1)</sup> Ohne Kraftfahrzeughandel.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

**Abb. 17**  
**Geschäftsentwicklung im Einzelhandel**



netbasierte Versandhandel wird an der Zunahme des Einzelhandelsumsatzes überproportional partizipieren. Ausschlaggebend sind neben der Preistransparenz, die er den Konsumenten ermöglicht, die verschiedenen Servicefunktionen, wie der Transport der Ware an den vom Kunden gewünschten Bestimmungsort.

Über die aktuelle Situation des Einzelhandels, den Online-Handel sowie die Auswirkungen der Energiewende auf den Einzelhandel referierte *Stefan Genth*, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Deutschland HDE. Den Erhebungen des Handelsverbandes zufolge stellte sich die Geschäftslage im ersten Halbjahr 2011 vor allem im Handel mit Bau- und Heimwerkerartikeln, aber auch im Möbelhandel und im Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln günstiger dar als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Verschlechtert hat sich die Situation dagegen im Handel mit elektrischen Erzeugnissen. Die aktuelle Lage des Einzelhandels war den Erhebungsergebnissen des HDE zufolge im Herbst 2011 durch eine stabile Investitionsneigung gekennzeichnet. Auch an der Gewinnsituation hat sich kaum etwas geändert. Die Zahl der Beschäftigten hat zugenommen. Die nominalen Umsätze des Einzelhandels (ohne Kraftfahrzeughandel, Tankstellen, Brennstoffen und Apotheken) werden im Jahr 2011 nach den Schätzungen des Verbandes um etwa 2,0% höher sein als im Vorjahr. Die moderate Entwicklung ist unter anderem auf steigende Energiepreise zurückzuführen. Ihre überproportionale Erhöhung führte nach Berechnungen des Handelsverbandes im ersten Halbjahr 2011 zu einem Kaufkraftentzug von rund 5 Mrd. Euro.

Wesentlich stärker als der Umsatz des Einzelhandels in der genannten Abgrenzung entwickelte sich das E-Commerce-Geschäft des Einzelhandels. Sein Anteil beläuft sich inzwischen mit 26,1 Mrd. Euro auf etwa 5% des Einzelhandelsumsatzes. E-Commerce umfasst dabei neben dem Warenumsatz auch das Geschäft mit Dienstleistungen (z.B. Lieferservice), Nutzungsrechten (z.B. Reisen, Eintrittskarten) und Informationen (z.B. kostenpflichtiger Datenabruf). Genth widersprach der These, die Ausweitung des Online-Ge-

schäfts würde sich negativ auf die Umsatzentwicklung des stationären Handels auswirken. Vielmehr setzten die Einzelhändler auf die Verknüpfung der verschiedenen Vertriebsformen und kombinierten so stationären Einzelhandel mit katalog- und internetbasiertem Handel (Multi-Channel-Handel). Nicht nur Großunternehmen des Einzelhandels, sondern auch mittelständische Händler nutzen das Engagement sowohl im stationären als auch im Internethandel, um ihre Marktstellung zu behaupten oder zu verbessern. Von Vorteil ist die Kombination der Leistungen der verschiedenen Vertriebslinien beispielsweise bei der Kaufanbahnung. Nach Berechnungen der GfK gingen Umsätze im stationären Einzelhandel in der Größenordnung von 8,5 Mrd. Euro auf Informationen im Internet zurück. Aber auch der umgekehrte Weg war zu beobachten: 5,4 Mrd. Euro im Online-Geschäft erzielte Umsätze basierten auf Informationen im stationären Handel. Wie bei der Kaufanbahnung dürfte sich das Zusammenwirken der verschiedenen Vertriebskanäle auch für das Kundenbeziehungsmanagement (Vertragsabschluss, nachgelagerte Kunden-Handel-Beziehungen, wie die Behandlung von Retouren) positiv auswirken. Es ist abzusehen, dass in Zukunft Unternehmen, die sowohl stationär als auch online präsent sind, die Handelslandschaft prägen werden. Dabei orientiert sich die Vermischung stationärer und elektronischer Angebote am veränderten Einkaufsverhalten der Verbraucher. Eine besonders starke Dynamik ist für den Buchhandel sowie für den Handel mit Tonträgern zu erwarten.

Die Möglichkeit des Online-Vertriebs bleibt nicht ohne Folgen für die Wettbewerbssituation des institutionellen Handels. Verstärkt werden auch Markenhersteller ihre Produkte im Internet präsentieren und Handelsfunktionen übernehmen, wodurch sich die Wettbewerbsintensität für den institutionellen Handel verschärfen wird. Während die Ansiedlung großflächiger Fabrikverkaufseinrichtungen oftmals mit langwierigen Genehmigungsverfahren verbunden ist, ermöglicht der Vertrieb über das Internet den Herstellern einen vergleichsweise leichten Zugang zu den Endverbrauchern.

Mit dem Engagement des Einzelhandels im Online-Geschäft wandeln sich auch seine Funktionen und Kernkompetenzen. Es ist davon auszugehen, dass der Logistik, dem Online-Marketing sowie dem Suchmaschinenmarketing wachsende Bedeutung zukommt.

Ein weiteres Kapitel im Vortrag von Stefan Genth war die Auswirkung der Energiewende auf den Einzelhandel. Der Handel verbraucht Energie für Beleuchtung, Klimatisierung, Kühlung, Technik und Logistik. In den verschiedenen Sparten spielen die einzelnen Verbrauchsträger eine recht unterschiedliche Rolle. Das wird auch in der groben Unterscheidung nach Lebensmittel- und Nichtlebensmittelhandel deutlich. Während im Lebensmittelhandel nach Angaben des EHI die Kühlung mit 44,9% den größten Teil der Stromkosten

verursacht vor der Beleuchtung mit 27,6%, ist es im Nichtlebensmittelhandel die Beleuchtung, auf die 65,1% der Stromkosten entfallen. Zur Reduzierung des Energieverbrauchs setzen die Handelsunternehmen an den verschiedenen Standorten auf energieeffiziente und regenerativ versorgte Immobilien sowie umweltfreundliche Logistik und Verpackung. In den Geschäften bieten Glastüren in der Kühlung, Tageslichtnutzung bei der Beleuchtung, Wärmerückgewinnung bei der Heizung sowie effiziente Kassensysteme mit Nachtabschaltung Möglichkeiten, Energie zu sparen.

Ausgangspunkt des Vortrags von *Andreas Kaapke* war die zunehmende und weitgehend tägliche Nutzung des Internets von Anbietern und Kunden, wodurch die Entwicklung des Online-Geschäfts begünstigt wird. Die Einzelhändler setzen E-Commerce neben anderen Formen des Distanzhandels und des stationären Einzelhandels ein, um ihre Absatzchancen zu verbessern. Insgesamt bieten sich den einzelnen Firmen zahlreiche Möglichkeiten der Vertriebstypen- und -kanaldiversifikation. Für die Auswahl der konkreten Vertriebskanäle spielt das Ausmaß ihrer Interdependenz eine wesentliche Rolle, beispielsweise als kaufvorbereitende Informationsquelle für die Verbraucher. Bei ihrem Kommunikationsangebot an die Kunden müssen die Einzelhändler die verschiedenen Kontaktmöglichkeiten bieten. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Kunden in Zukunft auf den einzelnen Stufen des Kaufprozesses wesentlich stärker als bisher unterschiedliche Medien und Vertriebskanäle nutzen. So könnte sich der Aufmerksamkeitsweckung durch die Fernsehwerbung, die intensivere Information über das Produkt im Katalog und die haptische Prüfung im Geschäft anschließen. Auf den Preisvergleich im Internet, der Bestellung über das Mobiltelefon könnte die Auftragsbestätigung per E-Mail folgen. Die Bezahlung im Online-Verfahren würde die Sequenz vorläufig abschließen. Bei der Inanspruchnahme des Kundendienstes im Rahmen des Aftersales-Services könnte der Kunde dann Telefon oder E-Mail benutzen.

Um Informationen zu beschaffen, Empfehlungen abzugeben oder Marketing zu betreiben, werden soziale Netzwerke (Social Networks) von den Teilnehmern aktiv genutzt. Nach Untersuchungsergebnissen von INNOFACT auf der Basis von 1 000 Facebook-Anwendern standen im Vordergrund der Nutzung sozialer Netzwerke jedoch nicht kommerzielle Interessen, wie die Information über Produkte oder Unternehmen, sondern die Kontaktpflege sowie die Kommunikation. Die Teilnehmer wollen über Freunde oder Bekannte »auf dem Laufenden bleiben« oder frühere Kontakte wiederfinden. Die persönlichen Kontakte im Rahmen von sozialen Netzwerken sind dennoch für die kommerzielle Nutzung von Interesse, denn laut AC Nielsen vertrauen die Konsumenten besonders den Empfehlungen von Bekannten und ins Internet gestellten Bewertungen durch Konsumenten. Kaapke führt die Bereitschaft, Wertungen abzugeben und damit am Empfehlungsmarketing teilzunehmen, auf

überdurchschnittliche Zufriedenheit, vielleicht sogar Begeisterung zurück. Außerdem spielen für die Motivation dazu menschliche Eigenschaften eine Rolle, wie Hilfsbereitschaft, Machtausübung oder den Kennerstatus einzunehmen. Gelingt es den Händlern, ein Markenversprechen abzugeben, das den Bedürfnissen der Konsumenten voll gerecht wird, ist das der »Schlüssel zur echten Kundenloyalität«.

Der Geschäftsführer der shoe.com GmbH & Co, KG *Thomas Nassua*, stellte zu Beginn des Vortrags sein Unternehmen vor. Shoe.com ist Lizenznehmer für Schuhe der s.Oliver Bernd Freier GmbH & Co, KG und gehört zur Wortmann-Gruppe. Es erzielt einen Umsatz von nahezu 100 Mill. Euro, etwa 40% davon im Ausland. Die shoe.com ist nicht im Einzelhandel tätig. Mehr als 90% des Umsatzes werden mit Unternehmen des stationären Einzelhandels erwirtschaftet.

Dem Bundesverband des Versandhandels zufolge haben die Umsätze des Versandhandels in Deutschland in den zurückliegenden Jahren stärker zugenommen als im Einzelhandel insgesamt, so dass sich ihr Marktanteil erhöhte. Der Umsatzanstieg im Jahr 2010 von 4,1% war jedoch ausschließlich auf das internetbasierte Geschäft zurückzuführen. Während dessen Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 18,1% zunahm, verringerten sich die Umsätze des katalogbasierten Versandhandels um 11,8%. In den einzelnen Warengruppen verlief die Entwicklung jedoch teilweise recht unterschiedlich. Besonders stark expandierte das Online-Geschäft mit Möbel- und Dekorationsartikeln, mit Geräten der Unterhaltungselektronik sowie Computern und Zubehör. Einbußen ergaben sich im Online-Vertrieb von Do-it-Yourself-Artikeln und Gartenbedarf. Thomas Nassua berichtete über eine rasante Zunahme des Online-Geschäfts mit Schuhen, Lederwaren und Bekleidung und erwartete auch für die kommenden Jahre Marktanteilsgewinne zu Lasten des kataloggestützten sowie insbesondere des stationären Handels. Günstige Entwicklungsbedingungen im Schuhhandel sind durch die Marktstruktur im Einzelhandel gegeben, in der kein Unternehmen eine dominante Stellung einnimmt. Über Wettbewerbsvorteile verfügen Unternehmen, die rasch in das Online-Geschäft eingestiegen sind und sich als Anbieter vielfältiger Produkte profilieren. Sie können mit einer Gewöhnung der Abnehmer an ihr Portal rechnen (Gate-Keeper-Funktion). Generell ist mit einer weiteren Zunahme des Online-Geschäfts zu rechnen. Dafür sind die ständige Weiterverbreitung des stationären und mobilen Internetzugangs bei steigender Leistung und sinkendem Preis sowie der ständige Ausbau des Angebots der im Netz verfügbaren Güter und Dienste bei gleichzeitig steigender Nutzererfahrung ausschlaggebend.

### Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Ludwig Dorffmeister und Michael Ebnet

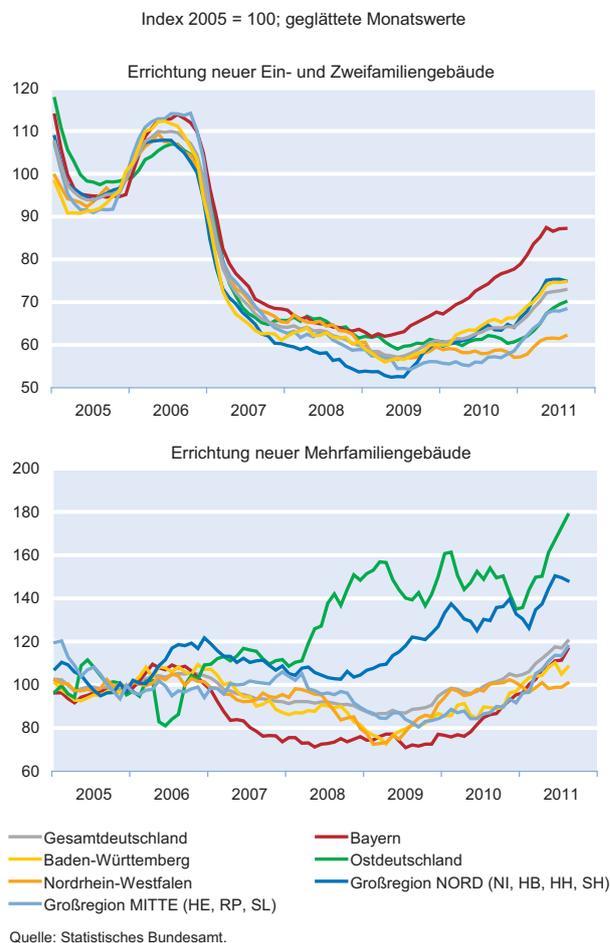
Im Einführungsvortrag gab *Ludwig Dorffmeister*, ifo Institut, zunächst einen Überblick über die aktuelle Konjunktur im Bausektor. Danach hat die deutsche Bauwirtschaft insgesamt die zurückliegende Wirtschaftskrise relativ gut überstanden. Speziell der gewerbliche Bau ist von dem befürchteten dramatischen Einbruch verschont geblieben. Und dank staatlicher Konjunkturprogramme erhielt der öffentliche Bau im Krisenjahr 2009 neuen Schub, der auch noch in diesem Jahr etwas zu spüren ist. Die nach der Abgrenzung der Bauinvestitionen mit Abstand größte Bausparte, der Wohnungsbau, beendete 2009 seine Talfahrt. Seitdem nehmen die Wohnungsbauleistungen weiter zu.

In den Jahren 2007 bis 2011 hat sich der Wohnungsbau – im Vergleich zur gesamten Bauproduktion – nur unterdurchschnittlich entwickelt. In der ersten Hälfte des Jahrzehnts verlief die Entwicklung der Wohnungsbauinvestitionen dagegen noch im Gleichschritt mit der der gesamten Bauinvestitionen. In dieser Phase gab es spartenübergreifend nur eine Richtung: nach unten. Im Jahr 2006 kam es, bedingt durch Vorzieheffekte aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006, zu einer zwischenzeitlichen Belebung des Wohnungsneubaus. Trotz anhaltender wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung ging es im Wohnungsbau nach dem Auslaufen dieser gesetzlich initiierten Stimulierung wieder bergab. Zwischen 2007 und 2009 verringerten sich – aufgrund des schwachen Neubaus – die Wohnungsbauleistungen kontinuierlich. Erst in der zweiten Hälfte 2009 deutete sich im Neubau eine Kehrtwende an. Seit Anfang 2010 haben die Wohnungsbauleistungen nun spürbar angezogen.

#### Der Neubau steuert nur ein Fünftel zu den gesamten Wohnungsbauleistungen bei

Die regelmäßigen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zum Bauvolumen in Deutschland geben einen guten Anhaltspunkt, wie sich die Wohnungsbauaktivitäten auf Neubauten und bestehende Gebäude verteilen. Den DIW-Zahlen zufolge entfielen im Jahr 2010 nur etwa ein Fünftel der Wohnungsbaumaßnahmen auf den Neubau. Mit einem Anteil von rund vier Fünfteln dominieren die Bestandsmaßnahmen den Wohnungsbau somit stark. Zu Beginn des Jahrtausends betrug das

Abb. 18  
Wohnungsgenehmigungen in Deutschland



Verhältnis aus Bestandsarbeiten und Neubau noch etwa 60 zu 40.

Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau, erfährt der Wohnungsneubau derzeit eine spürbare Belebung. Seit Mitte 2009 nimmt die Zahl der genehmigten Wohnungen nahezu kontinuierlich zu. Der Bau von Ein- und Zweifamiliengebäuden belebte sich zuerst im Norden und Süden Deutschlands – vor allem in Bayern (vgl. Abb. 18). Mittlerweile ist der Funke auch auf die anderen Regionen übergesprungen. Schwach verläuft die Genehmigung von Ein- und Zweifamiliengebäuden dagegen in Nordrhein-Westfalen. Regionenübergreifend stagnieren allerdings seit einigen Monaten die Genehmigungszahlen. Die noch immer günstigen Rahmenbedingungen lassen jedoch vermuten, dass es sich dabei lediglich um eine Verschnaufpause handelt.

Im Geschosswohnungsbau ist der Trend bei den Genehmigungen dagegen nach wie vor aufwärts gerichtet (vgl.

Abb. 18). Seit 2008 bzw. 2009 wurden vor allem in Ost- und Norddeutschland deutlich mehr Neubauvorhaben vorbereitet als in den Jahren zuvor. Inzwischen haben auch in Bayern die Genehmigungszahlen für Wohnungen in Mehrfamiliengebäuden kräftig zugelegt. Nordrhein-Westfalen zeichnet sich bei dieser Gebäudeart eine unterdurchschnittliche Entwicklung.

**Wohnungsbau zieht mittelfristig spürbar an**

Bis 2013 dürften die Wohnungsbauinvestitionen kräftig wachsen (vgl. Tab. 3). Obwohl die staatliche Förderung im Vergleich zu den ersten 15 Jahren nach der Wiedervereinigung kaum noch der Rede wert ist und energetische Sanierungen nicht selten an der Wirtschaftlichkeit scheitern, überwiegen die positiven Faktoren. Niedrige Bauzinsen, sinkende Arbeitslosigkeit, günstige Einkommenserwartungen der Privathaushalte sowie wachsende Ängste vor Inflation bzw. allgemeine Befürchtungen im Zusammenhang mit der europäischen Schuldenkrise werden vor allem den Neubau weiter stimulieren. Hinzu kommen die noch immer steigende Zahl der Haushalte und der zusätzliche Wohnraumbedarf in Wachstumsregionen.

Eine weitere Verschärfung der Vorschriften zur Steigerung der Energieeffizienz (EnEV 2012) dürfte die Wohnungsbauinvestitionen aufgrund der positiven Rahmenbedingungen nur geringfügig dämpfen.

**Wirtschaftsbau legt 2011 kräftig zu**

Der Wirtschaftsbau hat sich in den vergangenen Jahren von allen drei Bausparten am besten entwickelt. Die schwere Wirtschaftskrise beeinträchtigte die gewerbliche Baunachfrage nur kurz, so dass es zu keinem dramatischen Rückgang der gewerblichen Bauleistungen kam. Seit 2010 nehmen die Bauinvestitionen wieder merklich zu. Da der gewerbliche Bau stark von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung abhängt und die Baumaßnahmen zudem zeitlich verzögert auf Konjunkturbewegungen reagieren, dürfte das Aufschwungsjahr 2011 von einem kräftigen Anstieg der gewerblichen Bauaktivitäten gekennzeichnet sein. 2012 werden die Zuwächse deutlich geringer ausfallen, insgesamt aber klar im positiven Bereich liegen.

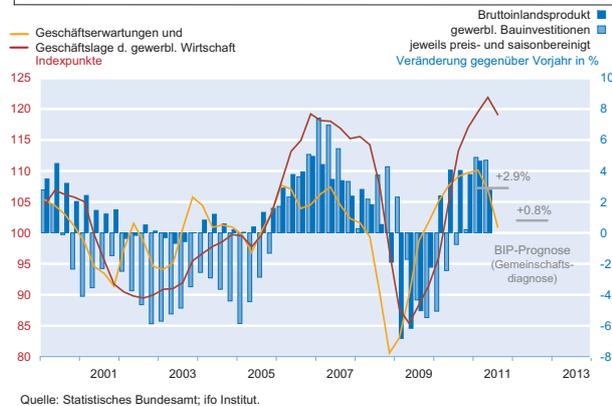
Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests bezeichneten die Firmen in Deutschland ihre derzeitige Geschäftsla-

**Tab. 3**  
**Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 2000 bis 2013**  
Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro (Referenzjahr: 2005)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011 <sup>a)</sup>	2012 <sup>a)</sup>	2013 <sup>a)</sup>
<b>Wohnungsbau</b>	<b>119,11</b>	<b>113,97</b>	<b>120,81</b>	<b>118,69</b>	<b>114,52</b>	<b>111,75</b>	<b>115,61</b>	<b>122,5</b>	<b>126,2</b>	<b>130,1</b>
<b>Nichtwohnbau</b>	<b>86,89</b>	<b>84,96</b>	<b>88,71</b>	<b>90,14</b>	<b>92,91</b>	<b>89,56</b>	<b>90,12</b>	<b>93,5</b>	<b>93,7</b>	<b>94,2</b>
davon:										
<b>gewerblicher Bau</b>	<b>58,69</b>	<b>58,03</b>	<b>60,99</b>	<b>62,68</b>	<b>65,43</b>	<b>61,85</b>	<b>62,13</b>	<b>65,2</b>	<b>66,6</b>	<b>67,6</b>
- gew. Hochbau	43,96	43,09	45,30	47,14	50,08	47,58	47,16	49,5	51,0	52,0
- gew. Tiefbau	14,73	14,94	15,69	15,54	15,35	14,26	14,98	15,7	15,6	15,6
<b>öffentlicher Bau</b>	<b>28,20</b>	<b>26,93</b>	<b>27,72</b>	<b>27,48</b>	<b>27,50</b>	<b>27,71</b>	<b>27,99</b>	<b>28,3</b>	<b>27,1</b>	<b>26,6</b>
- öff. Hochbau	9,77	9,41	9,82	9,98	10,01	10,78	11,81	11,2	10,4	10,0
- öff. Tiefbau	18,43	17,52	17,90	17,50	17,49	16,94	16,20	17,1	16,7	16,6
<b>Insgesamt</b>	<b>206,01</b>	<b>198,93</b>	<b>209,51</b>	<b>208,84</b>	<b>207,42</b>	<b>201,30</b>	<b>205,71</b>	<b>216,0</b>	<b>219,9</b>	<b>224,2</b>
	Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011 <sup>a)</sup>	2012 <sup>a)</sup>	2013 <sup>a)</sup>
<b>Wohnungsbau</b>	-3,4	-4,3	6,0	-1,8	-3,5	-2,4	3,5	6,0	3,0	3,0
<b>Nichtwohnbau</b>	-5,1	-2,2	4,4	1,6	3,1	-3,6	0,6	3,7	0,2	0,5
davon:										
<b>gewerblicher Bau</b>	<b>-4,5</b>	<b>-1,1</b>	<b>5,1</b>	<b>2,8</b>	<b>4,4</b>	<b>-5,5</b>	<b>0,5</b>	<b>5,0</b>	<b>2,0</b>	<b>1,5</b>
- gew. Hochbau	-4,9	-2,0	5,1	4,1	6,2	-5,0	-0,9	5,0	3,0	2,0
- gew. Tiefbau	-3,3	1,4	5,0	-0,9	-1,3	-7,1	5,0	5,0	-1,0	0,0
<b>öffentlicher Bau</b>	<b>-6,3</b>	<b>-4,5</b>	<b>2,9</b>	<b>-0,9</b>	<b>0,1</b>	<b>0,7</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>-4,0</b>	<b>-2,0</b>
- öff. Hochbau	-8,5	-3,7	4,4	1,6	0,4	7,7	9,6	-5,5	-7,0	-3,5
- öff. Tiefbau	-5,1	-4,9	2,2	-2,2	-0,1	-3,2	-4,3	5,5	-2,0	-1,0
<b>Insgesamt</b>	<b>-4,1</b>	<b>-3,4</b>	<b>5,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,7</b>	<b>-3,0</b>	<b>2,2</b>	<b>5,0</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>

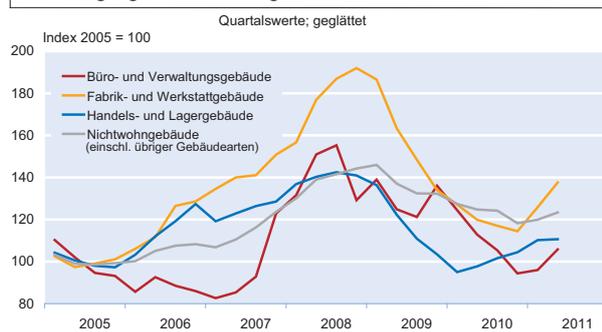
<sup>a)</sup> Prognose des ifo Instituts. – Hinweis: Bauinvestitionen, bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

**Abb. 19****Aktuelle Situation im Wirtschaftsbau**

ge im dritten Quartal 2011 als außerordentlich gut (vgl. Abb. 19). Die Geschäftserwartungen haben sich in den vergangenen Monaten allerdings merklich eingetrübt. In der im Oktober veröffentlichten Gemeinschaftsdiagnose gehen die beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute für 2011 von einem Wirtschaftswachstum für Deutschland von 2,9% aus. 2012 wird sich das Wachstumstempo dann deutlich verlangsamen (+0,8%). Die deutsche Wirtschaft dürfte die weltweite Konjunkturabkühlung deutlich zu spüren bekommen. Zudem verunsichert die anhaltende Schuldenkrise in Europa die Firmen. Insgesamt trüben sich damit auch die Perspektiven für den Wirtschaftsbau ein.

Vorerst geht es den Firmen aber noch ausgezeichnet. Hohe Kapazitätsauslastungen, günstige Finanzierungsbedingungen sowie gestiegene Gewinne erhöhen die Investitionsbereitschaft. Die Genehmigungszahlen (neue Gebäude, veranschlagte Baukosten) hinsichtlich der Errichtung von Fabrik- und Werkstattgebäuden, Handels- und Lagergebäuden sowie Büro- und Verwaltungsgebäuden tendieren seit einigen Monaten aufwärts (vgl. Abb. 20). So dürfte der gewerbliche Bau in den nächsten Jahren auch von den Bestrebungen der Firmen zur Verbesserung der Energieeffizienz profitieren. Aus Angst vor möglichen Strom-

**Abb. 20****Genehmigung von Nichtwohngebäuden<sup>a)</sup> in Deutschland**

<sup>a)</sup> Errichtung neuer Gebäude, veranschlagte Baukosten.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

engpässen investieren die Firmen überdies häufiger als früher in eigene Stromerzeugungsanlagen. Darüber hinaus dürfte der notwendige Aus- bzw. Umbau der Strominfrastruktur (Erzeugung, Verteilung, Speicherung) in Deutschland mittel- und langfristig zu positiven Impulsen bei den Bauleistungen führen.

### Die größten Profiteure des zweiten Konjunkturpakets sind die Kommunen sowie das Ausbaugewerbe

Der öffentliche Bau wurde – und wird – zwischen 2009 und 2011 von der Umsetzung der beiden Konjunkturprogramme stimuliert. So investiert etwa der Bund in diesem Zeitraum rund 2½ Mrd. Euro zusätzlich in Bundesfernstraßen und Bundeswasserwege. Nur ein Teil dieser Ausgaben erfolgt jedoch tatsächlich »zusätzlich«, da es sich hierbei unter anderem um die Beschleunigung bereits geplanter bzw. bereits begonnener Vorhaben handelt. Der größte Teil der baurelevanten Konjunkturmittel fließt in den Hochbau. Die 10 Mrd. Euro an Bundesmitteln, die auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZulInvG) frei gegeben wurden, stehen nämlich überwiegend für die Sanierung des kommunalen Gebäudebestands zur Verfügung, wobei etwa zwei Drittel dem Bildungsbereich und ein Drittel der ländlichen Infrastruktur zugute kommen. Zusammen mit der Kofinanzierung in Höhe von 3,3 Mrd. Euro durch Länder und Gemeinden ergibt sich ein Investitionsvolumen von insgesamt knapp 13½ Mrd. Euro.

Um sicherzustellen, dass die 10 Mrd. Euro an Bundesmitteln schnell verausgabt und damit gesamtwirtschaftlich rasch wirksam werden, sollten sich – nach der Vorgabe der Bundesregierung – die Länder und Kommunen auf die Modernisierung des Gebäudebestandes konzentrieren. So hatten vor allem zahlreiche finanzschwache Kommunen entsprechende Planungen bereits »in der Schublade«, die nun mit den zusätzlich zur Verfügung stehenden Mitteln zeitnah umgesetzt werden konnten. Im Gegensatz dazu hätte die Förderung von Neubauten zu einer deutlich verzögerten Wirksamkeit der zur Verfügung gestellten Mittel geführt. Während im Tiefbau die zusätzlich bereitgestellten Gelder nahezu vollständig dem Bauhauptgewerbe zugute kommen, profitiert von den aufgestockten Hochbaumitteln vorwiegend das Ausbaugewerbe. In der Summe ist Letzteres somit der große Nutznießer der baurelevanten Maßnahmen, die im Rahmen der beiden Konjunkturprogramme initiiert wurden.

### 2010 fiel das »summarische Zusätzlichkeitskriterium«

Die Wirtschaftskrise hatte stark sinkende Steuereinnahmen und wachsende Sozialausgaben zur Folge. Für die

Kommunen – dem weitaus größten öffentlichen Auftraggeber für Bauprojekte – verringerten sich hierdurch die Spielräume für Baumaßnahmen beträchtlich. Trotzdem stiegen die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahr 2009 um nahezu 1%. So nahmen zahlreiche Gemeinden die Gelegenheit wahr, mithilfe der Konjunkturmittel ihre Schulen bzw. sonstigen kommunalen Gebäude »auf Vordermann« zu bringen. Anfangs stellte das »summarische Zusätzlichkeitskriterium« sicher, dass bei Inanspruchnahme der Bundesmittel die übrigen Bauausgaben nicht zurückgefahren werden konnten. Diese Vorgabe wurde allerdings Anfang 2010 gekippt, und es blieb nur das »vorhabenbezogene Zusätzlichkeitskriterium« übrig.

Der baurelevante Teil des zweiten Konjunkturprogramms verlor damit merklich an Wirksamkeit. Die amtliche Kassenstatistik zeigt, dass im Jahr 2010 auf Gemeindeebene vielerorts ursprünglich für Tiefbaumaßnahmen – insbesondere für den Straßenbau – bestimmte Investitionsmittel in den Hochbaubereich umgeschichtet wurden.

Insgesamt zeigten die Maßnahmen der Politik – in der kleinsten der drei Bausparten – deutliche Wirkung. Die öffentlichen Bauinvestitionen stiegen in den Jahren 2009 bis 2011 an – allerdings weit weniger stark als ursprünglich ange-dacht. Im Zuge der Abschwächung des Zusätzlichkeitskriteriums kam es nämlich nicht selten zu Mitnahmeeffekten. Im öffentlichen Hochbau, der kleineren der beiden Teilspar-ten, nahmen die Investitionen in den Jahren 2009 und 2010 preisbereinigt um insgesamt 18% zu, während die öffentli-chen Tiefbauinvestitionen zeitgleich um insgesamt 7½% schrumpften (vgl. Abb. 21).

Angesichts der nicht mehr zur Verfügung stehenden Konjunkturmittel und der vielerorts angespannten kommunalen Haushaltslage stehen die Zeichen bei den Gebietskör-perschaften bis 2013 auf Investitionszurückhaltung. Nach Berechnungen des Deutschen Städtetages 2011 stiegen die Bauausgaben der Gemeinden 2009 und 2010 an, ob-

wohl gleichzeitig enorme negative Finanzierungssalden zu verzeichnen waren. Auch 2011 wird sich an dieser Konstellation nichts ändern. Bis 2013 dürfte sich die Situation jedoch wieder normalisieren und die öffentlichen Auftrag-geber werden ihre Investitionsausgaben wieder der jewei-ligen Finanzsituation entsprechend anpassen. Bund und Länder sehen sich in diesem Zusammenhang mit der ge-setzlichen Schuldenbremse konfrontiert, die langfristig nur noch ein minimales bzw. kein strukturelles Defizit mehr erlaubt.

Die derzeit stark steigenden Steuereinnahmen könnten das öffentliche Investitionsverhalten beflügeln. Angesichts der sich eintrübenden Konjunktur dürfte dieser Effekt allerdings nicht allzu lange anhalten. Zudem lagen die kommunalen Steuereinnahmen im zweiten Quartal 2011 immer noch deut-lich unter dem Höchstwert aus dem Jahr 2008. Insgesamt überwiegen die negativen Vorzeichen im öffentlichen Bau klar, so dass bis 2013 – im Gegensatz zu den beiden ande-ren Bausparten – von einer spürbaren Einschränkung der Bauleistungen auszugehen ist (vgl. Abb. 22).

In den Vorträgen der drei externen Referenten wurde zum einen die Wirkung der Konjunkturprogramme in der Bau-wirtschaft behandelt und zum anderen auf den Aufbau einer Datenbasis über den energetischen Zustand des Ge-bäudebestandes in Deutschland eingegangen.

Andreas Geyer vom Zentralverband des Deutschen Bau-gewerbes e.V. (ZDB) in Berlin zeigte kurz auf, was die Gro-ße Koalition eigentlich zur Verabschiedung zweier Kon-junkturpakete veranlasst hatte. Die aufbrechende Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 zog starke Einbrü-che sowohl in der Entwicklung des realen Bruttoinlands-produkts (2009: – 5,1%) als auch der realen Bruttowert-schöpfung des Verarbeitenden Gewerbes (2009: – 18,1%) nach sich. Die damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und SPD reagierten zeitnah und deutlich auf die sich ab-zeichnenden Verläufe: Mit einem Gesamtvolumen von

Abb. 21  
Öffentliche Bauinvestitionen in Deutschland

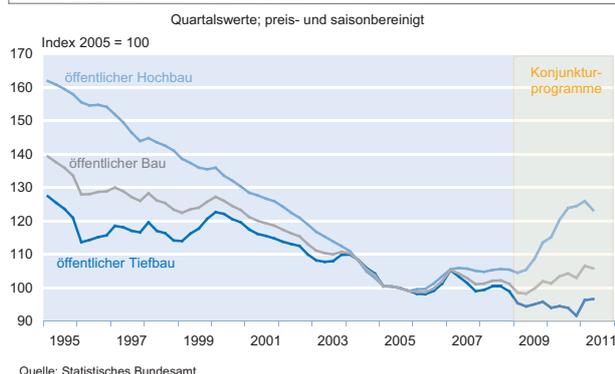
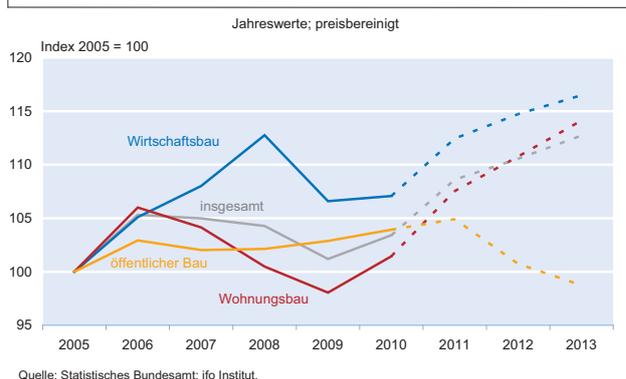


Abb. 22  
Bauinvestitionen bis 2013



30 Mrd. Euro wurde bereits im November 2008 das Konjunkturpaket I verabschiedet. Kurz darauf wurde im Januar 2009 mit dem Konjunkturpaket II – Umfang von 50 Mrd. Euro – noch einmal nachgelegt. Ziel war es, über die Steigerung der öffentlichen Nachfrage sowie den Einsatz steuerpolitischer Maßnahmen und Subventionen die negativen Folgeschäden der Finanz- und Wirtschaftskrise für Deutschland abzumildern.

Der Einsatz von Konjunkturpaketen wird regelmäßig von einer kritischen Diskussion begleitet. An erster Stelle wird hierbei immer der Time-Lag zwischen dem Beschluss von Maßnahmen und ihrer Durchführung kritisiert. Über eine Vereinfachung im Vergaberecht (Anhebung der Schwellenwerte für beschränkte bzw. freihändige Vergabe) sowie kleinteilige Losgrößen sollte diesem Problem Abhilfe geschaffen werden. Um den kurzfristigen Investitionsschub (Stabilisierungseffekt) nicht mit einer nachfolgenden Investitionskontraktion zu »bezahlen« bzw. reine Vorzieheffekte zu vermeiden, sollten die Maßnahmen das Kriterium der summarischen und vorhabenbezogenen Zusätzlichkeit erfüllen. Geyer verwies ferner darauf, dass die Kommunen zwar einerseits als vorrangiger Adressat der Konjunkturpakete profitierten. Andererseits finanzieren sie über die steuerpolitischen Maßnahmen diese zu einem Gutteil selbst mit.

### **Ziel der schnellen Vergabe verfehlt**

Wirft man einen Blick auf die Ausgaben für Baumaßnahmen, so treten die Gemeinden mit einem Anteil von rund 60% an den insgesamt getätigten Ausgaben klar als wichtigster öffentlicher Auftragsgeber hervor, wobei der Anteil im Tiefbau mit rund 46% bei weitem nicht den Wert des Hochbaus (74%) erreicht. Eine der Bedingungen zur erfolgreichen Umsetzung des Konjunkturpakets II war der Erlass zu einer Vereinfachung im Vergaberecht – mit dem Ziel einer kleinteiligen und beschleunigten Vergabe. So wurde die Schwelle, unter der eine freihändige Vergabe gestattet war, von 10 000 auf 100 000 Euro angehoben. Eine beschränkte Ausschreibung war bis zu einem Auftragsvolumen von einer Mill. Euro möglich. Zudem gab es Fristverkürzungen im offenen Verfahren.

Gemäß § 1 (2) ZulnVG sollte mindestens die Hälfte der zur Verfügung gestellten Mittel bis zum 31. Dezember 2009 abgerufen werden. Tatsächlich wurden bis Anfang 2010 jedoch nur 15% der 14 Mrd. Euro Bundesmittel des Zukunfts-Investitionsprogramms und der Bundesinvestitionen abgerufen. Es dauerte bis zum Dezember 2010 bis gut die Hälfte, und noch einmal bis Juli 2011 bis knapp drei Viertel des Budgets beansprucht waren. Mit ursächlich für die Zeitverzögerung zwischen politischem Beschluss und dem Abruf der Fördermittel dürfte der Zeitaufwand zur Schaffung der

Regelungen zwischen den einbezogenen Ebenen der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) gewesen sein. Das deutlich verfehlte Abrufziel (50% der Fördermittel im Jahr 2009) wurde auch vom Bundesrechnungshof in einem Bericht beanstandet.

### **Investitionsschwerpunkte liegen bei Aus- bzw. Hochbau**

Auch die Investitionsschwerpunkte waren deutlich fixiert: Jeder Bereich der Bildungsinfrastruktur (KiTas, Schulen, Hochschulen, gemeinnützige Einrichtungen, Forschung), das Gebiet der Infrastruktur wie Maßnahmen an Krankenhäusern oder städtebauliche Projekte zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur (allerdings ohne Abwasser und ÖPNV) sowie der kommunale Straßenbau (jedoch beschränkt auf Lärmschutzmaßnahmen). Im Fokus standen damit klar Investitionen in den Aus- bzw. Hochbau. In Tiefbaumaßnahmen sollten hingegen kaum Fördermittel aus dem Konjunkturpaket II fließen. Einzig Lärmschutzmaßnahmen waren förderfähig.

Die Kommunen haben die Mittel im Großen und Ganzen entsprechend den Förderschwerpunkten eingesetzt. Laut einer Kommunalumfrage der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aus dem Jahr 2009 investieren 78% der Kommunen in Bauleistungen an Schulen, 46% an Kitas, 29% an Verwaltungsgebäuden und Krankenhäusern, aber nur 18% in Maßnahmen zum Lärmschutz (Mehrfachnennungen waren möglich).

### **Wirkung der Konjunkturpakete insgesamt niedriger als erwartet**

Der Einsatz von Mitteln des Konjunkturpakets II erforderte nach § 3a ZulnVG die vorhabenbezogene und summarische Zusätzlichkeit. Wäre ein Bauprojekt ohnehin realisiert worden, sollte diesem – zur Vermeidung von Mitnahmeeffekten – der Zugang zum Fördertopf verwehrt bleiben. Insgesamt waren in den Konjunkturpaketen I und II für die Jahre 2009 und 2010 bzw. 2011 baurelevante Mittel in der Größenordnung von rund 23,9 Mrd. Euro veranschlagt (vgl. Tab. 4). Auf den Hochbau entfallen dabei ca. 20 Mrd. Euro. Im Tiefbau schlugen nur Projekte mit einer Gesamtsumme von knapp 3,9 Mrd. Euro aus beiden Förderprogrammen zu Buche. Wegen des absehbar zögerlichen Anlaufes der Umsetzung des Konjunkturpaketes II war der ZDB davon ausgegangen, dass der Schwerpunkt der Mittelverwendung in 2010 liegen würde. Die Prognose der zusätzlichen Mittelverteilung von 4,5 Mrd. Euro im öffentlichen Bau sah folgendermaßen aus: + 0,9 Mrd. Euro im Jahr 2009, + 2,7 Mrd. Euro im Jahr 2010 sowie + 0,9 Mrd. Euro im Jahr 2011. Während sich

**Tab. 4**  
Baurelevante Mittel der Konjunkturpakete I und II für 2009 und 2010 bzw. 2011

Tiefbau Konjunkturpakete I und II	Mill. Euro	Mill. Euro
Bundesfernstraßen		1 805
dav. Bundesautobahnen	835	
dav. Fernstraßen	970	
Schiene		1 320
Wasserstraßen		780
<b>Gesamt</b>		<b>3 905</b>

Hochbau Konjunkturpaket I	Mill. Euro	generierbare Investitionen
CO <sub>2</sub> -Gebäudesanierung <sup>a)</sup>	850	2 550
Seniorengerechtes Wohnen <sup>a)</sup>	180	540
Investitionspakt Kommunen	500	1 500
Investitionsinitiative Infrastruktur <sup>a)</sup>	300	900
UNESCO Welterbestätten <sup>a)</sup>	60	180
Städteumbau Ost und West	80	240
<b>Gesamt</b>	<b>1 970</b>	<b>5 910</b>

<sup>a)</sup> Förderung durch Zinsverbilligung und Zuschüsse; Investitionsvolumen geschätzt.

Hochbau Konjunkturpaket II	Mill. Euro
Bundeshochbau	750
ZulnvG	13 300
(davon Bund)	10 000)
(davon Länder)	3 300)
<b>Gesamt</b>	<b>14 050</b>

Quelle: Zusammenstellung durch Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V. (ZDB).

der vorhergesagte Impuls für das Jahr 2009 in Höhe von 0,9 Mrd. Euro noch bestätigte, konnte sich die Einschätzung für die Jahre 2010 und 2011 vor dem Hintergrund der vom Bundesrat initiierten Streichung des summarischen Zusätzlichkeitkriteriums nicht bewahrheiten. Die Konjunkturpakete generierten im Jahr 2010 lediglich einen zusätzlichen Umsatz im öffentlichen Bau in der Höhe von 0,3 Mrd. Euro gegenüber dem Basiswert von 2008 (vgl. Abb. 23). Für 2011 sagt der ZDB noch einen Wert von + 0,4 Mrd. Euro voraus.

Betrachtet man die Bauausgaben der Gemeinden (sowohl Kern- als auch Extrahaushalte), ergibt sich im Zeitraum 2009 bis 2010 ein kumuliertes Plus von 6,4 Mrd. Euro gegenüber dem Basisvergleichswert. Der für das Bauhauptgewerbe und das Ausbaugewerbe veranschlagte Impuls von ca. 20 Mrd. Euro wird damit – auch unter Berücksich-

tigung der noch 2011 fließenden Gelder – nicht annähernd erreicht werden.

Es bleibt festzuhalten, dass die Konjunkturpakete die Nachfrage der öffentlichen Auftraggeber – speziell im öffentlichen Hochbau – gestützt haben. Dies bestätigt auch der Städtetag, wenn er in seinem Gemeindefinanzbericht 2010 darauf verweist, dass sowohl im Jahr 2009 als auch im Jahr 2010 ohne das Konjunkturpaket II Rückgänge bei den Investitionen zu erwarten gewesen wären. Die regulären Investitionen haben demnach im Zeitraum 2009/2010 deutlich abgenommen. Davon betroffen waren zuvorderst die Tiefbauarbeiten. Der anhaltende Rückgang der Investitionen in die Infrastruktur ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht unproblematisch. Die Investitionen des Staates im Tiefbau insgesamt erreichen nämlich seit Jahren nicht einmal mehr die Höhe der Abschreibungen.

**Abb. 23**  
Umsatzentwicklung im öffentlichen Bau



Insgesamt fiel der Fördereffekt damit erheblich niedriger aus, als erwartet. Als Gründe sind hierfür die starke Fokussierung des Konjunkturpakets II auf Aus- bzw. Hochbaumaßnahmen, die Aufgabe des Förderkriteriums der summarischen Zusätzlichkeit sowie die meist große zeitliche Differenz zwischen Entscheidung und Marktwirksamkeit anzuführen.

Die beiden Referenten des Instituts für Wohnen und Umwelt (IWU) stellten die Ergebnisse einer Erhebung über den energetischen Zustand des Gebäudebestands vor, die in einem gemeinsamen Projekt mit dem Bremer Energie Ins-

titut durchgeführt worden war (»Datenbasis Gebäudebestand«). Einführend erläuterte *Holger Cischinsky* in einem kurzen Überblick die in der Befragung verwendete Methodik und machte Angaben zu Inhalt und Rücklauf der Fragebögen. Durch eine Kooperation mit Schornsteinfegern aus 415 Kehrbezirken als Interviewer gelang es, in einer deutschlandweiten, repräsentativen Erhebung Daten von 7 510 Hauseigentümern (7 364 Wohngebäude und 146 Nichtwohngebäude mit Wohnungen) zu sammeln. Ziel des Ansatzes war es, die Kenntnislücken zum Ist-Zustand und zu den Modernisierungstrends für den Gebäudebestand in Deutschland zu schließen, insbesondere im Hinblick auf Energiesparmaßnahmen.

Der deutsche Wohngebäudebestand teilte sich im Jahr 2009 zu 83% in Ein- und Zweifamilienhäuser sowie zu 17% in Mehrfamilienhäuser (ab drei Wohnungen) auf. Bei der Untergliederung nach Baualtersklassen, welche sich durch die jeweils geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen definieren, ergibt sich folgende Struktur: 66% der Wohngebäude wurden bis zum Jahr 1978 und somit vor der ersten Wärmeschutzverordnung (1. WSchV) errichtet; sie werden in dem Projekt als »Altbau« klassifiziert. 30% der Bauwerke wurden in den Jahren 1979 bis 2004 erstellt. Für die ab 2005 erbauten Wohngebäude bzw. »Neubauten« (3%) gilt in der Regel die 2002 in Kraft getretene erste Energieeinsparverordnung (1. EnEV 2002).

### Wärmeschutz im Altbau – Potentiale längst nicht ausgeschöpft

Nach *Nikolaus Diefenbach* ist für den Wärmeschutz im Altbau (Baujahr bis 1978) die modernisierte Bauteilfläche ein aussagekräftiger Indikator. Nach den Studienergebnissen liegt der Anteil der nachträglich gedämmten Bauteilfläche an der Gesamtfläche im Außenwandbereich bei 21% und beim Dach bzw. der Obergeschossdecke bei 47% (vgl. Abb. 24). Im Bereich Fußboden bzw. Kellerdecke be-

trägt der Anteil rund 10% und bei der Wärmeschutzverglasung von Fenstern (Einbau ab 1995) etwas weniger als 40%. Mehrfamilienhäuser schneiden dabei hinsichtlich der Wärmedämmung im Zuge der Altbaumodernisierung leicht besser ab als Ein- und Zweifamilienhäuser. Untergliedert man den Bereich der nachträglich gedämmten Außenwandflächen geographisch, so zeigen sich zum Teil erhebliche Unterschiede. Während beispielsweise die Werte für die Region Nord (SH, HH, NI, HB, NW) und Süd (HE, RP, SL, BW, BY) mit Anteilen von etwa 21% bzw. 18% relativ eng zusammen liegen, ist der Anteil der nachträglich gedämmten Außenwandflächen im Osten (MV, BB, BE, ST, SN, TH) deutlich größer (29%).

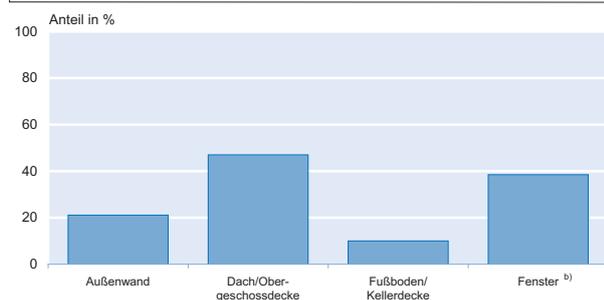
Einschränkend auf den Wärmeschutz wirken sich bestimmte Restriktionen aus, die im Altbausektor vorliegen. Zu den Beschränkungen bei der Außenwanddämmung zählen eine Wand zum Nachbargrundstück (trifft auf 16% der Gebäude zu) oder zur Straße bzw. zum Bürgersteig (26%). 7% der Bauwerke verfügen zudem über eine erhaltenswerte Fassade. Insbesondere in letzterem Fall ist der Fortschritt bei der nachträglichen Außenwanddämmung deutlich geringer als im Mittel der Altbauten. Dies zeigt sich auch, wenn man speziell die denkmalgeschützten Gebäude betrachtet. Diese machen etwas weniger als 4% aller Wohngebäude bzw. 5% aller Altbauten aus. Bei anderen Bauteilen (Dach/Obergeschossdecke bzw. Kellerdecke) sind hier aber kaum Unterschiede beim Modernisierungsfortschritt zu beobachten.

Die jährlichen flächengewichteten Modernisierungsraten (Mittelwerte für den Zeitraum 2005 bis 2009) beim Wärmeschutz im Altbau reichen von 0,4% bei Fußboden bzw. Kellerdecke über 0,9% im Außenwandbereich und 1,6% bei Dach bzw. Obergeschossdecke bis hin zu 1,8% im Fensterbereich. Würde man eine Putzerneuerung oder einen neuen Gebäudeanstrich als Anlass bzw. Chance für eine Außenwanddämmung nutzen, ließe sich in dieser Kategorie eine jährliche Modernisierungsrate von nahezu 3% generieren. Allerdings ist insbesondere beim Anstrich zu beachten, dass hierfür nur relativ geringe Kosten anfallen, der überwiegende Teil der Kosten wäre hier also der Wärmedämmung zuzurechnen. Insgesamt beträgt der Modernisierungsfortschritt beim Wärmeschutz im Altbaubestand ca. 28%. Die Notwendigkeit der Modernisierung auch jüngerer Gebäude ist dabei noch nicht berücksichtigt. Somit sind noch große Potentiale – insbesondere im Außenwandbereich und bei Fußboden bzw. Kellerdecke – vorhanden.

### Wärmeversorgung kommt neben Wärmedämmung wichtige Rolle zu

Zieht man die Neubauten in die Betrachtung mit ein und vergleicht die Wärmeversorgung, so zeigt sich, dass in Altbau-

Abb. 24  
Nachträglich gedämmte Bauteilfläche von Altbauten<sup>a)</sup>



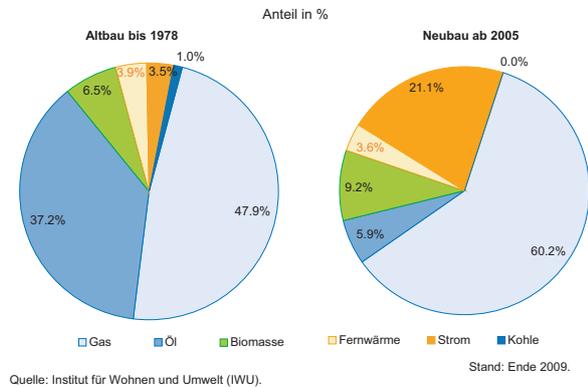
<sup>a)</sup> Definiert als Gebäude mit Baujahr bis 1978.

<sup>b)</sup> Wärmeschutzverglasung (Fenstereinbau ab 1995).

Stand: Ende 2009.

Quelle: Institut für Wohnen und Umwelt (IWU).

Abb. 25  
Wärmeversorgung: Energieträger im Alt- und Neubau



Abschließend ist noch auf eine Fülle weiterer Ergebnisse des Forschungsprojekts zu verweisen. Beispielsweise wurden Daten über die Inanspruchnahme von Fördermitteln für Energieeinsparmaßnahmen erhoben. Zudem gaben die befragten Hauseigentümer Auskunft über erfolgte Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit. Der Umfang der abgefragten Informationen (16-seitiger Fragebogen) ermöglicht innerhalb der einzelnen Themenbereiche zahlreiche Spezialauswertungen (nach Regionen, Gebäudearten, Baujahr etc.). Diese können beim IWU auch in Auftrag gegeben werden.

ten (bis 1978) überwiegend Öl (37%) neben Gas (48%) als Energieträger zum Einsatz kommt (vgl. Abb. 25). In Neubauten (ab 2005) wird nur noch in rund 6% der Gebäude Öl verwendet. Dessen ursprünglicher Beitrag wird dort zunehmend durch die Energieträger Gas (60%), Strom (21%, zu meist über Wärmepumpen) sowie Biomasse (9%) kompensiert. Im Hinblick auf den vermehrten Einsatz von Biomasse ist zu beachten, dass hier die Potentiale insgesamt begrenzt sind, also ein sparsamer Umgang mit dieser knappen Ressource notwendig ist.

Einen nach wie vor stattlichen Anteil als Hauptwärmeerzeuger nimmt im Neubau mit circa 73% der Heizkessel ein (Altbau: 85%). In neu errichteten Gebäuden findet jedoch immer häufiger die Wärmepumpe (21%) Gebrauch. Im Altbau lag die jährliche Austauschrate des Haupt-Wärmeerzeugers zwischen 2005 und 2009 im Mittel bei gut 3% pro Jahr.

Ergänzend zur normalen Wärmeerzeugung sind etwa 40% der Wohngebäude mit einem zusätzlichen Ofen bzw. Kamin ausgestattet. Im Neubaubereich liegt die Quote mit 53% deutlich höher als bei Altbauten (36%). Als Brennstoff wird fast ausschließlich auf Scheitholz bzw. Stückholz (96%) zurückgegriffen. Seit 2005 werden durchschnittliche Einbauraten um die 2% p.a. (bezogen auf alle Wohngebäude) erreicht. Immer wichtiger wird zudem die Installation thermischer Solaranlagen. Mittlerweile verfügen beinahe 30% aller Neubauten über diese Technik. Insgesamt sind knapp 10% aller Wohngebäude mit derartigen Anlagen bestückt. Etwas weniger als zwei Drittel (bei Neubauten rund 58%) davon dienen allein der Warmwasserbereitung; die restlichen installierten thermischen Solaranlagen können zudem grundsätzlich zur Unterstützung der Heizung eingesetzt werden. Ein Blick auf die seit dem Jahr 2000 steigenden durchschnittlichen jährlichen Zubauraten verdeutlicht die immer weitere Verbreitung dieser Technik.

## Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungssektor

Gernot Nerb

Wie in den Vorjahren stand das Dienstleistungsforum unter der bewährten Leitung von *Robert Obermeier*, Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern. Einführend berichtete *Harald Blau*, ifo Institut, über die derzeitige Situation des Dienstleistungsgewerbes auf der Basis der ifo Konjunkturtestergebnisse. Im Anschluss präsentierte *Gernot Nerb*, ifo Institut, Umsatz- und Beschäftigungsprognosen für ausgewählte Dienstleistungsbranchen in den Jahren 2011 bis 2013. Als Referenten für die Spezialthemen fungierten diesmal *Michael Wolgast*, Chefvolkswirt beim Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft, Berlin, und *Christian Nern*, Vertriebsleiter Lösungspartner & Cloud Services, Microsoft Deutschland GmbH.

### Aktuelle Situation

Ähnlich wie in der Industrie erreichte auch im Dienstleistungssektor der Geschäftsklimaindikator im Februar 2011 seinen zyklischen Höhepunkt und schwächt sich seitdem tendenziell ab, wenn auch weniger stark als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft (vgl. Abb. 26).

Die Zahl der im Dienstleistungssektor Beschäftigten nahm bis zuletzt zu. Der positive Beschäftigungstrend wird – nach den Planungen der befragten Firmen – auch in den nächsten Monaten anhalten, wird aber weniger stark aufwärts gerichtet sein als bisher (vgl. Abb. 27).

Der Transportsektor erweist sich wiederum als überdurchschnittlich konjunktur reagibel, und das Geschäftsklima schwächte sich hier bislang nicht nur stärker ab als im Durchschnitt des Dienstleistungssektors, sondern auch stärker als in der Industrie. Dies gilt insbesondere für die Güterbeförderung im Straßenverkehr, während die Abkühlung des Geschäftsklimas im Bereich Spedition bisher moderater verläuft (vgl. Abb. 28).

Auch die Reisebüro- und Reiseveranstalterbranche meldete etwas häufiger eine Verschlechterung des Geschäftsklimas, als dies im Durchschnitt des Dienstleistungssektors der Fall war. Dieselbe Aussage trifft auch auf das Gastgewerbe zu (vgl. Abb. 29).

In der Datenverarbeitung ist bisher noch wenig von einer Konjunkturertrübung festzustellen. Das Geschäftsklima hat sich hier bislang nur marginal verschlechtert, deutlich weni-

Abb. 26  
ifo Geschäftsklima

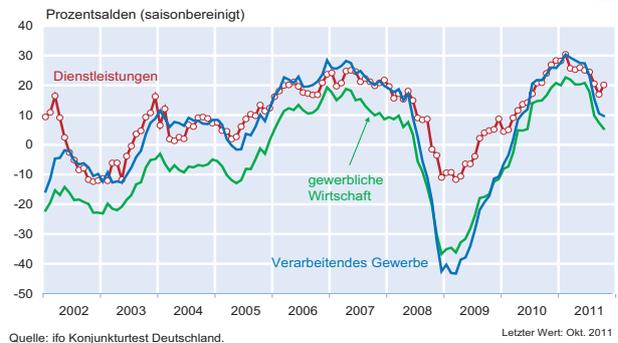


Abb. 27  
Dienstleistungen

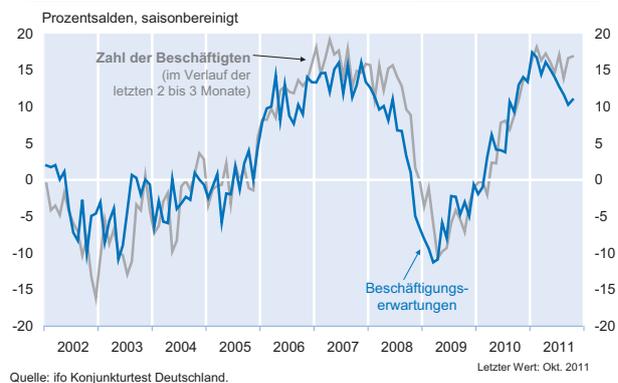


Abb. 28  
Vergleich des Geschäftsklimas: Transport und Verarbeitendes Gewerbe

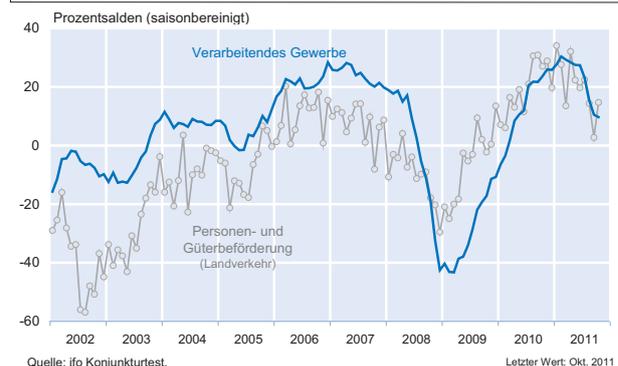
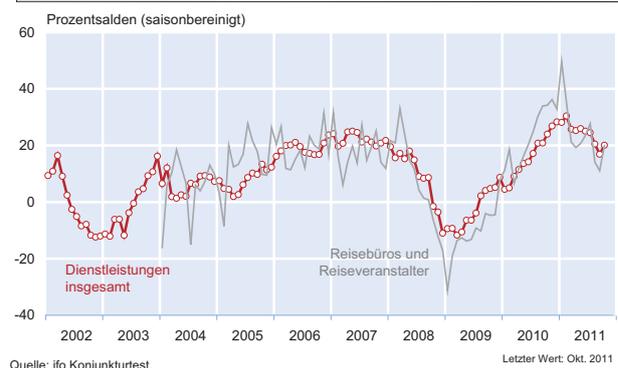
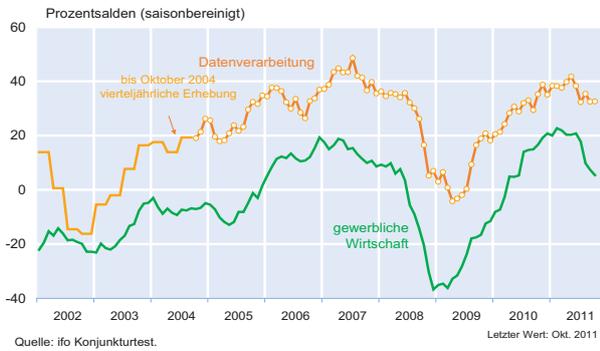


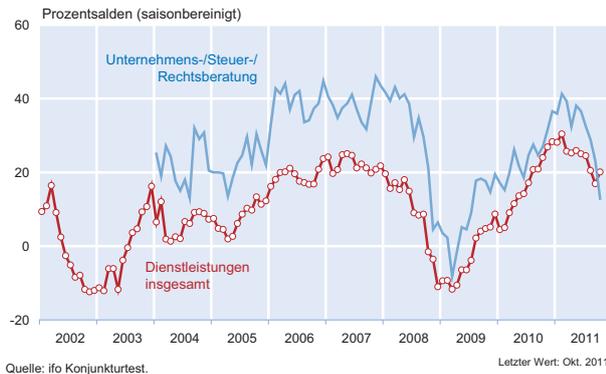
Abb. 29  
Vergleich des Geschäftsklimas: Reisebüros und Reiseveranstalter



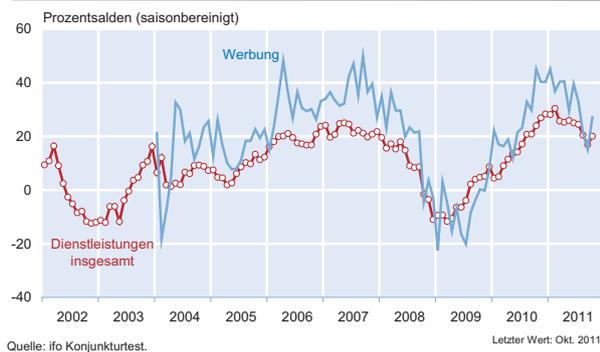
**Abb. 30**  
**Vergleich des Geschäftsklimas: Datenverarbeitung und gewerbliche Wirtschaft**



**Abb. 31**  
**Vergleich des Geschäftsklimas: Unternehmens-/Steuer-/Rechtsberatung und Dienstleistungen**



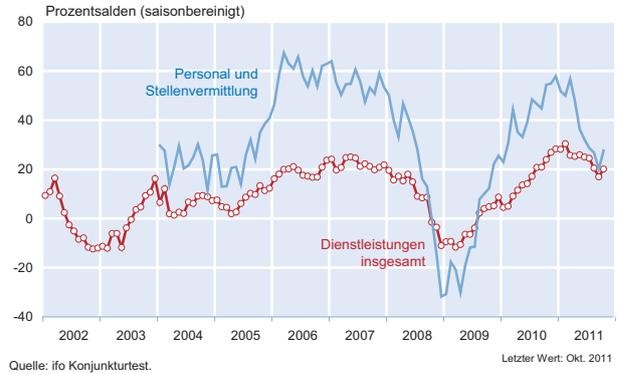
**Abb. 32**  
**Vergleich des Geschäftsklimas: Werbung und Dienstleistungen**



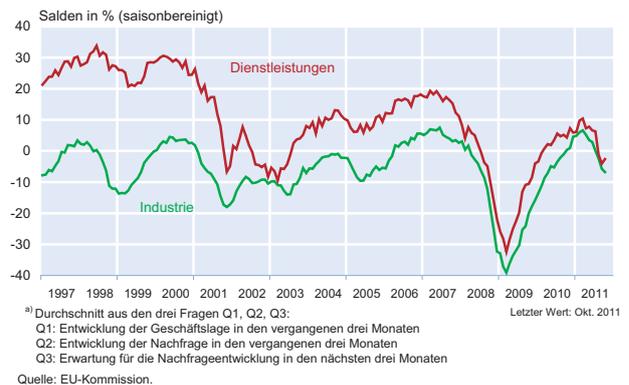
ger als in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt. Zudem sind die Beschäftigungserwartungen der DV-Dienstleister deutlich positiver als im Durchschnitt des Dienstleistungsgewerbes insgesamt (vgl. Abb. 30).

Die Unternehmens-, Steuer- und Rechtsberatung und auch die Architekten und Ingenieure können sich einer Geschäftsabschwächung nicht entziehen. Das Geschäftsklima liegt hier bisher aber leicht über dem Durchschnitt des Dienstleistungssektors (vgl. Abb. 31).

**Abb. 33**  
**Vergleich des Geschäftsklimas: Personal/Stellenvermittlung und Dienstleistungen**



**Abb. 34**  
**EU-Vertrauensindikatoren<sup>a)</sup> im Vergleich: Dienstleistungen und Industrie**



**Abb. 35**  
**EU-Vertrauensindikatoren im Vergleich (I)**



In der Werbebranche und bei den Zeitarbeitsfirmen sind die konjunkturellen Ausschläge des Geschäftsklimas deutlich stärker ausgeprägt als im Durchschnitt des Dienstleistungssektors. Der konjunkturelle Höhenflug ist zwar auch hier zu Ende. Trotz deutlicher Bremspuren ist der Geschäftsklimaindikator in beiden Fällen jedoch bisher nicht ungünstiger als im Durchschnitt des gesamten Dienstleistungssektors (vgl. Abb. 32 und 33).

Im EU-Durchschnitt ist die aktuelle konjunkturelle Abschwächung im Dienstleistungssektor – anders als in Deutsch-

Abb. 36

**EU-Vertrauensindikatoren im Vergleich (II)**

land – ähnlich stark ausgeprägt wie in der Industrie. Nach EU-Ländern differenziert, befindet sich der konjunkturelle Vertrauensindikator in Deutschland – trotz der auch hier registrierten konjunkturellen Eintrübung – auf einem höheren Niveau als in Frankreich, Italien oder Großbritannien und auch der EU insgesamt. Dies unterstreicht die in diesem Abschnitt bessere konjunkturelle Ausgangssituation der deutschen Wirtschaft (vgl. Abb. 35 und 36).

### Thesen zur konjunkturellen Entwicklung im Dienstleistungssektor im Zeitraum 2011 bis 2013

Die hier vorgestellten Prognosen basieren auf eigenen Regressionsschätzungen sowie auf dem Branchenwissen der

ifo-Experten, wie es z.B. in der Veröffentlichung »VR Branchen special« zum Ausdruck kommt, die im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) erstellt wird. Es werden hierbei zweimal im Jahr für 100 Branchen Berichte erstellt, die einzeln nur bei den Volks- und Raiffeisenbanken erhältlich sind.

Der Dienstleistungssektor, speziell **Unternehmensdienste**, hat nach dem konjunkturellen Einbruch 2008/2009 eine markante Erholung verzeichnet. Mit dazu beigetragen haben nicht nur der Konjunkturaufschwung, sondern auch strukturelle Einflüsse wie insbesondere verstärktes **Outsourcing** (hierdurch Impulse u.a. für IT-Dienstleistungen und Unternehmensberatung), das Nachwirken von **Arbeitsmarktreformen** wie etwa im Zuge der Agenda 2010 (hierdurch Impulse u.a. für Zeitarbeit) und nicht zuletzt **demographische Trends** (hierdurch Impulse u.a. für den Gesundheitssektor und für Weiterbildung).

In den letzten Monaten verstärkten sich die Anzeichen für eine konjunkturelle Verlangsamung. Aufgrund der oben angesprochenen strukturellen Einflussfaktoren – speziell was die Auslagerungen aus der Industrie anbelangt – dürfte sich zwar die Konjunkturanfälligkeit des Dienstleistungssektors erhöht haben, auf der anderen Seite versprechen die erwähnten strukturelle Änderungen wie die demographische Entwicklung und insbesondere der weiterlaufende Outsourcing-Trend ein weiteres Wachstumspotenzial. So tendieren Wirtschaftsunternehmen und auch öffentliche Institutionen dazu, sich immer häufiger von allen Tätigkeiten zu entlas-

Tab. 5

**Prozentuale Jahreswachstumsraten in ausgewählten Dienstleistungsbranchen**

	Bruttoumsatz (nominal)						
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Transportsektor</b>							
Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	4,6	3,1	-7,2	3,3	5,1	1,7	1,9
Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	10,5	7,3	-14,2	9,5	13,7	7,1	7,1
Post-, Kurier- und Expressdienste	5,5	-0,5	-3,2	-0,1	4,0	0,8	0,9
Luffahrt	-0,5	-6,5	-4,2	0,7	12,9	-1,6	-1,7
Schifffahrt	18,2	4,8	-21,1	11,6	16,9	-1,2	3,1
<b>Informationstechnologie</b>							
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	9,4	1,5	-5,0	5,7	5,0	3,7	3,8
<b>Andere wichtige Unternehmensdienstleistungen</b>							
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	17,7	9,7	-23,4	26,3	23,2	13,2	12,4
Architektur- und Ingenieurbüros	6,1	8,2	-4,9	3,8	5,6	4,2	4,2
Public-Relations- und Unternehmensberatung	13,8	11,7	-10,2	6,7	10,7	6,5	6,5
Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	8,7	19,2	-10,7	3,8	11,9	6,6	6,6
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	6,9	8,8	-0,6	5,7	3,0	4,7	4,8
<b>Mehr konsumorientierte Dienstleistungen</b>							
Caterer und sonstige Verpflegungsdienstleistungen	2,0	2,5	-4,8	3,5	2,3	1,2	1,3
Beherbergung	1,0	0,6	-6,6	6,9	6,2	4,1	4,2
Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	14,0	6,2	-5,8	2,8	5,8	3,4	3,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schätzungen des ifo Instituts für die Jahre 2011 bis 2013.

ten, die nicht zu ihren Kernkompetenzen gehören. Unter anderem begünstigt diese Entwicklung auch Beratungsunternehmen.

Als Quintessenz der im ifo Institut vorgenommenen quantitativen Schätzungen der Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung in den Jahren 2011 bis 2013 lässt sich festhalten: Ab dem zweiten Halbjahr 2011 verlangsamt sich konjunkturell das Umsatz- und Beschäftigtenwachstum in nahezu allen untersuchten Dienstleistungssparten. Dieser Prozess dürfte sich bis etwa Frühjahr 2012 fortsetzen. Ab dem zweiten Quartal 2012 ist mit einer beginnenden leichten konjunkturellen Erholung zu rechnen, die sich 2013 fortsetzen wird. Für die Jahresdurchschnitte 2012 und 2013 ergeben sich dabei in fast allen Dienstleistungsbranchen – bis auf wenige Ausnahmen – immer noch positive Zuwachsraten bei Umsatz und Beschäftigung und keine absoluten Rückgänge wie 2009.

Einige der wenigen Ausnahmen hiervon sind die **Luft- und Schifffahrt**. Die hier erwarteten Rückgänge beim Umsatz 2012/2013 sind jedoch nicht annähernd so stark wie 2008/2009 (Luftfahrt: knapp – 2% gegenüber – 6,5 bzw. – 4,2% und in der Schifffahrt: – 1,2% 2012 gegenüber – 21,1% 2009). Dies ändert jedoch nichts an der Aussage, dass der Transportsektor, speziell die Luft- und Schifffahrt, sehr konjunktursensibel sind. Bereits leichte Auslastungsrückgänge wirken sich hier spürbar auf die Ertragslage aus. In Nachbarbereichen dieses Sektors, wie etwa **Lagererei** sowie **Post-, Kurier- und Expressdienste**, wie auch bei der **Erbringung von sonstigen Transport-Dienstleistungen**, schlägt sich die konjunkturelle Verlangsamung in der Umsatz- und Ertragsentwicklung deutlich weniger stark nieder wie in der Luft- und Schifffahrt (vgl. Tab. 5).

Im Bereich der meisten anderen unternehmensbezogenen Dienstleistungen zeigen die Schätzergebnisse für Umsatz und Beschäftigung in den nächsten zwei Jahren weiter nach oben, wenn auch verlangsamt. Dies gilt im Einzelnen für die **ökonomischen und juristischen Beratungsunternehmen** (Rechts- und Steuerberatung sowie Wirtschaftsprüfung wie auch PR- und Unternehmensberatung). So ist in der Consultingbranche nach einem Umsatzrückgang von rund 3% 2009 der Umsatz 2010 um 7% auf rund 19 Mrd. Euro gestiegen. Auch 2011 bis 2013 dürfte wieder ein ordentliches Umsatzplus in der Größenordnung von jährlich 5 bis 6% erreichbar sein. Der Beratungsmarkt befindet sich aber in einem Wandel. Die Wirtschaftskrise 2008/09 hat bei vielen Kunden zu einem grundsätzlichen Umdenken im Hinblick auf den Einsatz von Beratern geführt. Eine Messung des Beratungserfolgs, verbunden mit einer erfolgsbezogenen Honorierung, wird in Zukunft stärker im Fokus stehen.

Für die **Architektur- und Ingenieurbüros** ist der aktuelle Geschäftsverlauf sehr erfreulich. Das Umsatzwachstum dürft

te in diesem Jahr bei rund 6% liegen, nach 4% im Jahr 2010 und einem Umsatzrückgang von fast 5% im Rezessionsjahr 2009. Für die nächsten zwei Jahre zeichnen sich Umsatzwachstumsraten von jeweils rund 4% ab.

Die **Technikdienstleister (technisch, physikalisch und chemische Forschungseinrichtungen)** kamen besser als die Architektur- und Ingenieurbüros durch das Rezessionsjahr 2009. Der Umsatzrückgang lag hier nur bei knapp 1%. In diesem Jahr dürfte der Umsatzzuwachs rund 3% und in den Jahren 2012 und 2013 jeweils rund 5% betragen.

Bei den **Zeitarbeitsunternehmen** zeichnet sich zwar für nächstes Jahr eine etwas langsamere Gangart ab, aber nicht annähernd ein Einschnitt wie 2008/2009 ab. Anstelle eines Umsatzwachstums von über 20% in diesem Jahr dürfte der Geschäftszuwachs 2012/13 zwischen 12 und 13% liegen. Aus der heutigen Wirtschaft ist Zeitarbeit als Flexibilisierungsinstrument nicht mehr weg zu denken. Außerdem besteht in Deutschland in Sachen Zeitarbeit noch ein erhebliches Aufholpotenzial. Während z.B. in den Niederlanden der Anteil der Zeitarbeiter an der gesamten arbeitenden Bevölkerung bei rund 5% liegt, sind es in Deutschland gerade einmal 2%.

Einen erheblichen strukturellen Wandel machen seit einigen Jahren bereits die **Werbeagenturen** durch. Nach Schätzungen des Fachverbands GWA entfielen vom Werbekuchen im Jahre 2010 rund 5,8 Mrd. Euro auf die **Zeitung**, 4,1 Mrd. Euro auf **TV-Werbung** und 3,5 Mrd. auf **Internetwerbung**. Die Online-Werbung rangiert damit immer noch klar hinter der Zeitungs- und TV-Werbung, die Zuwachsraten sind jedoch in diesem Segment mit Abstand am größten. Insgesamt wird der Umsatz der Werbeagenturen in diesem Jahr um rund 4% steigen. 2012 dürften die Werbeausgaben annähernd stagnieren. Für eine zyklische Krise wie 2009 als der Umsatz um rund 6% einbrach, spricht derzeit nichts. Allerdings wird trotz der kräftigen Zuwachsrate 2010 und dem erwarteten Zuwachs in diesem Jahr das Vorkrisen-Umsatzniveau aus 2007 immer noch nicht erreicht werden.

Was die mehr **konsumorientierten Dienstleistungssparten** anbelangt, wird sich der nach oben gerichtete Umsatztrend fortsetzen. Dies gilt im Einzelnen auch für **Reisebüros**, wo es aber wegen der vermehrten Tendenz zu Online-Buchungen trotzdem zu weiter sinkenden Beschäftigtenzahlen kommen wird. Der Umsatz der Reisebranche (Reiseveranstalter und Reisevermittler) ist im Krisenjahr 2009 um fast 6% zurückgegangen. Nach langsamer Erholung 2010 dürfte das Vorkrisenniveau in diesem Jahr wieder übertroffen worden sein. Begünstigt durch den Aufschwung der Binnenwirtschaft und den wachsenden Außenhandel boomte zumindest im ersten Halbjahr 2011 der Geschäftsreiseverkehr. Auch die Urlaubsreisen verzeichnen 2011 ein Plus. Insgesamt dürfte das Umsatzwachstum in diesem Jahr 6% er-

reichen und in den nächsten zwei Jahren zwar etwas abflachen, aber immer noch zwischen 3 und 4% betragen.

In der **Gastronomie** konnte 2011 der langjährige Abwärtstrend bei Umsatz- und Beschäftigtenzahl gestoppt werden. Die Branche profitierte vom allgemeinen Konjunkturaufschwung und der positiven Konsumententwicklung. Die Stimmung hat sich entsprechend aufgehellt, die Diagnose des DEHOGA-Branchenverbandes lautet: »Starkes erstes Halbjahr 2011«. Das Statistische Bundesamt hat für Januar bis Juli 2011 ein nominales Umsatzwachstum von 3,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum gemessen. In der Sparte »Caterer und sonstige Verpflegungsdienstleistungen«, die in den Vorjahren bereits einen positiven Trend verzeichnen konnten, blieb der Umsatzanstieg in den ersten sieben Monaten 2011 geringfügig unter dem Durchschnitt der Gesamtbranche. Die hochgradig unmittelbare Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Konjunktorentwicklung dürfte auch in Zukunft für die Gastronomiebranche insgesamt erhalten bleiben. Branchenintern ist bei intensivem Wettbewerb weiterhin eine hohe Fluktuation mit zahlreichen Unternehmensaufgaben und Neugründungen zu erwarten. Erschwerend kommt beim Gastronomiesektor dazu, dass eine Vielzahl von Imbissecken bei Fleischerei- und Backwarengeschäften eine zum Teil unfaire Konkurrenz darstellen, sofern hier nur der bei Lebensmitteln übliche Mehrwertsteuersatz von 7% in Rechnung gestellt wird, während Gastronomiebetriebe den vollen Mehrwertsteuersatz von 19% abführen müssen.

Deutlich besser als im Gastronomiesektor läuft es im **Beherbergungsgewerbe**. Die Zahl der Übernachtungen ist 2010 in Deutschland deutlich gestiegen; überdurchschnittlich fiel der Zuwachs bei den ausländischen Gästen aus. Der Umsatzzuwachs wird in diesem Jahr – wie schon 2010 – über 6% liegen, nachdem es im Krisenjahr 2011 zu einem Umsatzrückgang in ähnlicher Größenordnung gekommen war. In den nächsten zwei Jahren dürfte sich der Umsatzzuwachs jeweils auf gut 4% belaufen.

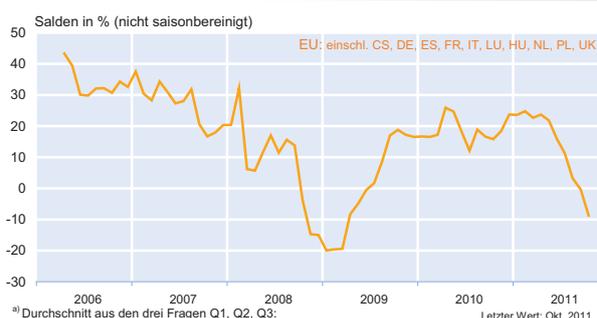
Ein statistisch schwer fassbarer Bereich ist das sog. **Facility-Management (FM)**. Es wird deshalb hier auf eine streng formalisierte Prognose verzichtet. Zum FM-Bereich gehören u.a. Immobilienverwaltung, Wach-/Sicherheitsdienste, Reinigung, Hausmeisterdienste, Fassadenreinigung, sonstige Bauinstallation, Caterer und Erbringung von sonstigen Verpflegungsdienstleistungen. Insgesamt beläuft sich der hierunter erfasste Umsatz auf derzeit über 60 Mrd. Euro. Da die Nachfrage nach den unter Facility-Management subsumierten Leistungen nur schwach auf zyklische Schwankungen in der Gesamt-, bzw. in der Bau- und Immobilienwirtschaft reagiert, sondern stark von laufend anfallenden Aufgaben bestimmt wird, liegt ein nahezu *kontinuierliches Wachstum von ca. 5% pro Jahr* vor. Facility-Management wird nicht zuletzt durch die Klima- und Energiedebatte wei-

ter an Bedeutung gewinnen (Stichworte Energieberatung und Contracting). Auch der Healthcare-Markt wird aus mehreren Gründen ein wesentlicher Zukunftsmarkt der FM-Dienstleister sein. Neben Standardleistungen wie Reinigung, Sicherheit, Pfortendienste, Gartenpflege können hierzu auch Catering mit spezieller Krankenhauskost und auch Spezialreinigung von OP-Sälen und medizintechnischem Gerät gehören.

Zu den **Verliererbranchen** – sowohl in konjunktureller wie auch auf mittlere Sicht – gehören die Finanzdienstleistungen, speziell der **Bankensektor**. Während in vielen Branchen der Trend zur Individualisierung geht, z.B. in der Automobilwirtschaft, wo heute viel mehr Sonderwünsche als früher, berücksichtigt werden können, gilt für den Bankensektor etwas anderes. Infolge stärker werdender Regulierung wird es zu spürbaren Einschnitten in der Angebotspalette der Banken kommen. Die Produktvielfalt, die heute typisch für Großbanken ist, wird es unter den neuen Rahmenbedingungen, insbesondere den deutlich verschärften Eigenkapitalanforderungen, so nicht mehr geben. Stattdessen werden standardisierte Produkte das Angebot der Geschäftsbanken dominieren, mit der Folge entsprechend reduzierter Renditen. Insgesamt wird es zu einer gewissen Industrialisierung des Bankensektors kommen. Die Anziehungskraft der Branche am Arbeitsmarkt wird also für Spitzenkräfte nachlassen.

Gemessen an der Beschäftigung und auch der Wertschöpfung entfällt auf den Finanzsektor (einschl. Banken) in Deutschland nur ein Anteil von rund 4%. Hiermit kommt die große Bedeutung des Sektors für das Funktionieren der Gesamtwirtschaft jedoch nur unzureichend zum Ausdruck. Die Finanzkrise 2008 hat eindringlich gezeigt, welche Schockwirkungen von diesem Sektor ausgehen können, der für die Gesamtwirtschaft gleichsam ähnlich bedeutend ist wie der Blutkreislauf für den menschlichen Körper. Einen Hinweis auf die schwierige wirtschaftliche Lage der europäischen Finanzbranche gibt Abbildung 37, in welcher der monatlich von der EU Kommission ausgewiese-

**Abb. 37**  
EU-Vertrauensindikatoren<sup>a)</sup>: Finanzdienstleistungen



<sup>a)</sup> Durchschnitt aus den drei Fragen Q1, Q2, Q3:  
Q1: Entwicklung der Geschäftslage in den vergangenen drei Monaten  
Q2: Entwicklung der Nachfrage in den vergangenen drei Monaten  
Q3: Erwartung für die Nachfrageentwicklung in den nächsten drei Monaten

Quelle: EU-Kommission.

ne EU Vertrauensindikator für Finanzdienstleistungen dargestellt ist.

**Schwerpunkthemen Versicherungswirtschaft und Cloud Computing**

Als Schwerpunktbranchen wurden diesmal zum einen die Versicherungsbranche und zum anderen Cloud-Computing als ein sehr zukunftssträchtiges Segment der IT Branche gewählt. Die Wahl fiel auf diese beiden Branchen, da sich hier in besonderer Weise strukturelle Verschiebungen und konjunkturelle Entwicklungstrends vermengen.

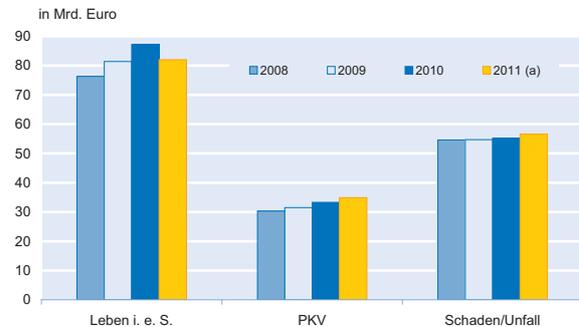
**Versicherungswirtschaft zwischen Stabilität und Herausforderung**

Michael Wolgast, Chefvolkswirt beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in Berlin, referierte im Rahmen des Branchenforums zum Schwerpunktthema »Versicherungswirtschaft zwischen Stabilität und Herausforderung«. Die Versicherungswirtschaft leistet einen essenziellen Beitrag im Rahmen des gesellschaftlichen Risikomanagements, ohne den weder eine moderne Volkswirtschaft, noch die soziale Sicherung der Bevölkerung denkbar wären und der sich auch zahlenmäßig niederschlägt. So hatten die privaten (Erst-)Versicherungsunternehmen in Deutschland Ende 2010 nicht weniger als 452 Millionen Verträge in ihren Beständen, auf die ein Beitragsaufkommen von 178,9 Mrd. Euro entfiel. Die Kapitalanlagen der deutschen Erst- und Rückversicherer beliefen sich zum gleichen Zeitpunkt auf 1 256 Mrd. Euro.

Die essenzielle volkswirtschaftliche Bedeutung von Versicherungsschutz stellt auch eine stabile Basis für die Versicherungsnachfrage dar. Dies dürfte einer der wesentlichen Gründe sein, warum sich das Geschäftsklima in der deutschen Versicherungswirtschaft, wie es quartalsweise durch das ifo Institut ermittelt wird, selbst in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Branchen relativ robust gezeigt hatte. Gerade auch in den Jahren der Banken- und Wirtschaftskrise fiel der Stimmungseinbruch in der Versicherungswirtschaft viel gedämpfter aus als in der Wirtschaft insgesamt. Mittlerweile haben sich das Stimmungsklima in Versicherungswirtschaft und Gesamtwirtschaft wieder angenähert.

Die Versicherungsnachfrage und damit das Beitragsaufkommen in der deutschen Versicherungswirtschaft entwickeln sich zwar vergleichsweise stabil, doch vor allem auch die Lebensversicherung hatte in der letzten Banken- und Wirtschaftskrise einen Dämpfer hinzunehmen – auch wenn dies nicht auf den ersten Blick zu erkennen ist. So war in der Lebensversicherung (ohne Pensionskassen und Pensionsfonds) in den letzten beiden Jahren ein dynamisches Ein-

**Abb. 38**  
Versicherungswirtschaft: Stabile Beitragsentwicklung



(a) Schätzung/Hochrechnung.

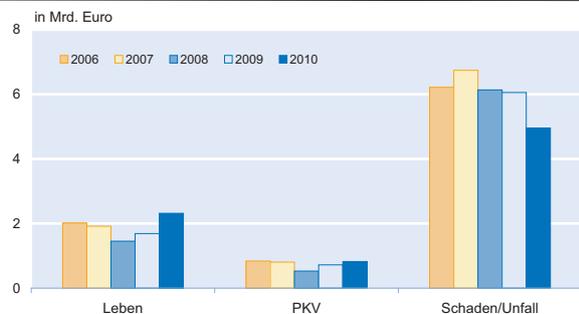
Quelle: GDV.

malbeitragsgeschäft dafür verantwortlich, dass ein kräftiges Beitragswachstum (2009: + 6,6%, 2010: + 7,1%) zu verzeichnen war, während das Geschäft/laufender Beitrag eine Delle aufwies. 2011 dürfte eine Normalisierung des Einmalbeitragsgeschäfts – trotz einer Erholung bei den laufenden Beiträgen – dagegen auch die Beitragsentwicklung in der Lebensversicherung insgesamt dämpfen. Die private Krankenversicherung wies in den letzten Jahren ein relativ hohes Beitragswachstum auf (2009:+ 3,8%, 2010: + 5,8%), das sich auch 2011 fortsetzt. Zurückzuführen ist dies neben einem Zuwachs an Versicherten in der privaten Krankenversicherung auch auf Beitragsanhebungen im Bestand infolge steigender Gesundheitskosten. Kaum gewachsen ist dagegen seit 2005 das Beitragsaufkommen der Schaden- und Unfallversicherer (2009: + 0,2%, 2010: + 0,9%). Hierin kommen unter anderem ein vielfach bereits hoher Grad der Marktdurchdringung, vor allem aber auch ein intensiver Preiswettbewerb, zum Ausdruck. Für 2011 zeichnet sich hier erstmals wieder ein höheres Beitragswachstum ab, nachdem der teilweise ruinöse Preissenkungszyklus in der Kraftfahrtversicherung vorerst zu einem Ende gekommen ist.

Die stabile Beitragsentwicklung in der deutschen Versicherungswirtschaft korrespondierte in den letzten Jahren mit einer – trotz leichter Rückschläge im Zuge der Banken- und Wirtschaftskrise – ebenfalls recht stabilen Entwicklung der Ertragslage. Auch die Beschäftigungslage in der Branche entwickelte sich trotz des schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds weitgehend konstant, Rationalisierungen ermöglichten allerdings zu Gunsten der Kunden seit einigen Jahren eine kontinuierlichen, moderaten Abbau der Beschäftigung. Insgesamt hat sich die Versicherungswirtschaft nicht nur selbst stabil entwickelt, sondern sogar als stabilisierender Faktor gewirkt. Grundlage hierfür war nicht zuletzt das sich vom Bankensektor deutlich unterscheidende Geschäftsmodell der Versicherer (vgl. Abb. 38 und 39).

Die in der deutschen Versicherungswirtschaft vorherrschende Stabilität darf aber nicht über die Herausforderungen hinwegtäuschen, mit denen sich die Branche gegenwärtig

**Abb. 39**  
**Relativ stabile Ertragslage in der Versicherungswirtschaft**  
 Jahresüberschuss<sup>a)</sup> deutscher Versicherer



<sup>a)</sup> Jahresüberschuss vor Steuern und vor Gewinnabführung.  
 Quelle: GDV.

konfrontiert sieht. Neben einem seit Jahren nur noch mäßigen Beitragswachstum sehen sich die Versicherer auch einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld gegenüber. Im Bereich der kapitalgedeckten Altersvorsorge gab es zuletzt kaum neue politische Impulse. Auch das sozialpolitische Umfeld der privaten Krankenversicherung bleibt schwierig. Nicht einfach zu bewältigen sind auch Veränderungen im regulatorischen Umfeld, etwa die Neuausrichtung der Versicherungsaufsicht unter Solvency II oder die neuen Vorschriften zu Unisex-Tarifen.

Vor diesem Hintergrund sah Wolgast für die weiteren Perspektiven der Versicherungswirtschaft in Deutschland sowohl Risiken als auch Chancen. Obwohl eigentlich ein beachtliches Wachstumspotenzial vorhanden sei – etwa durch eine neue Aufgabenteilung zwischen Staat und privater Versicherungswirtschaft –, zeichne sich auf mittlere Sicht eine eher verhaltene Entwicklung ab. Dies werde zu einer nochmaligen Intensivierung des Wettbewerbs in der Branche führen, vor allem auch über weitere Kosteneinsparungsprogramme. Auch der Strukturwandel im Versicherungssektor werde sich verstärkt fortsetzen, getrieben auch von den im Umbruch befindlichen regulatorischen Rahmenbedingungen. Befragungen zeigen allerdings, dass sich die Unternehmen die Bewältigung dieser Herausforderungen durchaus zutrauen; so seien die Ertragserwartungen für die nächsten drei Jahre, wie sie das ifo Institut für die Versicherungswirtschaft ermittelt hatte, durchaus stabil.

## Cloud Computing

Vortrag von *Christian Nern*, Vertriebsleiter Lösungspartner & Cloud Services, Microsoft Deutschland GmbH

Zu den Innovationen der IT-Branche gehört ganz maßgeblich »Cloud Computing«. Hiermit eröffnet sich für die Benutzer die Möglichkeit, immer, überall und von jedem Endgerät auf die erforderlichen Daten zuzugreifen. Cloud Computing ist heute schon in vielen Unternehmen Realität. Wie eine aktuelle Analyse von GfK Custom Research

im Juli 2011 ergab, benutzen vor allem Unternehmen aller Größenordnungen in den aufstrebenden Nationen Brasilien, China und Indien bereits heute eine Vielzahl von cloud-basierten Lösungen.

Der Studie zufolge ist in diesen Ländern auch in den nächsten beiden Jahren mit einem deutlichen Wachstum in allen Segmenten zu rechnen. Ein anderes Bild zeigt sich in den etablierten Märkten Deutschland, Großbritannien und USA. Kleinere Unternehmen sind hier bisher kaum in Berührung mit Cloud Computing gekommen. Je größer ein Unternehmen umso häufiger werden hier Cloud Services eingesetzt. Die Pläne der IT-Verantwortlichen versprechen allerdings in den etablierten Märkten für die nächsten Jahre ein schnelles Wachstum in allen Segmenten. Nur kleinere Unternehmen in Deutschland äußerten sich in dieser GfK Studie vergleichsweise zurückhaltend. Dies überrascht, da web-basierte Lösungen speziell für Firmen mit wenigen Mitarbeitern deutliche Vorteile bringen sollten, da hier die Nutzer häufig sehr mobil sind und auf der anderen Seite meist nur geringe Ressourcen zur Betreuung der eigenen Informationstechnologie zur Verfügung stehen.<sup>1</sup>

Christian Nern führte in seinem Referat als Beispiel für heute bereits aktive Cloud-Anwender einen Autokonzern an, der diese neue Technologie zur Auswertung von Crashtest-Ergebnissen einsetzt. Die Alternative wäre eine Vielzahl von eigenen Servern, die dann aber über weite Strecken des Jahres unterausgelastet wären. Ein weiteres Beispiel für die Inanspruchnahme von Cloud-Service sind Unternehmen die ein neues Geschäftsmodell testen und erst später entscheiden wollen, ob sie die erforderlichen IT-Leitungen intern vorhalten sollen oder nicht. Nach Nern wird Cloud Computing zu einem Wachstumstreiber für die IT-Branche in den nächsten Jahren werden.

<sup>1</sup> Vgl. Mörsdorf, D. (2011), »Cloud Computing punktet in Schwellenländern«, ifo-GfK-Konsumreport, Juli, S. 10.

## Podiumsdiskussion zu den Folgen der Energiewende für die Wirtschaft in Deutschland

Anita Jacob-Puchalska und Tobias Kretschmer

Im Anschluss an die vier Foren des Branchen-Dialogs folgte eine Podiumsdiskussion, die die Folgen der Energiewende für die Wirtschaft in Deutschland zum Thema hatte. Hierfür wurden Vertreter verschiedener Interessengruppen eingeladen, die nach einer kurzen Vorstellung durch *Tobias Kretschmer*, Leiter des Bereichs Industrieökonomik und neue Technologien (INT) am ifo Institut, der die Diskussionsleitung innehatte, ihre Thesen vortrugen.

Zu Beginn erläuterte *Markus Lithper*, kaufmännischer Vorstand der Lechwerke AG, einem regionalen Energieversorger, seine Sicht auf die Energiewende. Dieses stark politische Thema betrifft alle und kann nur von allen Akteuren gemeinsam umgesetzt werden. Die Energieversorger stehen als Teil der Lösung vor einer gewaltigen Aufgabe um die Versorgungssicherheit zu angemessenen Preisen zu gewährleisten. Dabei muss klar sein, dass die Energiewende mit erneuerbaren Energien allein kaum umgesetzt werden kann und Alternativen, wie etwa Stromimporte und ein Neubau von Kohle- wie auch Gaskraftwerken, notwendig sind. In diesem Zusammenhang sollte in der **Gesellschaft um Akzeptanz** für Eingriffe in Umwelt und Natur geworben werden, da ein Umbau der bestehenden Infrastruktur auch neue Netze und Kraftwerke notwendig macht.

Im Anschluss sprach der stellvertretende Generaldirektor der GD Energie der Europäischen Kommission, *Peter Faross*. Er bezeichnete den deutschen Ausstieg aus der Kernenergie als Experiment mit Auswirkungen auf die europäischen Nachbarn. Die deutsche Nachfrage nach Strom aus Nachbarländern beeinflusst den gesamten **europäischen Strommarkt**, deren Auswirkungen auf Deutschland wie auch Europa ungewiss sind. Deutschland ist gefordert hinsichtlich seiner Energiepolitik europäisch zu denken, was insbesondere den Netzausbau betrifft, wie auch die Einbindung erneuerbarer Energien in den europäischen



Podiumsdiskussion beim ifo Branchen-Dialog

Markt. Das Energiekonzept der Europäischen Union verfolgt wie Deutschland das Ziel einer kohlenstofffreien Energiewirtschaft, gleichzeitig wirft jedoch der ehrgeizige Wandel Deutschlands viele neue Fragen bezüglich der Umsetzung auf. Dieses Experiment des alleinigen Ausstiegs aus der Kernenergie in Deutschland leitet schon jetzt in ganz Europa eine Energiewende ein.

*Joachim Nitsch* vom Institut für Technische Thermodynamik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt sieht in der Energiewende kein plötzliches Ereignis, sondern vielmehr einen seit Jahren im Gang befindlichen **Transformationsprozess**, der unsere Energieversorgung modernisiert. Diese stützte sich zu lange auf fossile und nukleare Technologien, die nicht zukunftsfähig sind und zudem ein nur geringes Innovationspotenzial aufweisen. Bereits in den 1990er Jahren waren zahlreiche Studien zur möglichen Energiezukunft in Auftrag gegeben worden, die den Transformationsprozess vorbereiteten. Im Jahr 2000 wurde der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen, das Erneuerbare-Energien-Gesetz verabschiedet, später der Emissionshandel eingeführt sowie die Förderung erneuerbarer Energien weiter vorangetrieben. Dieser Transformationsprozess ist gut vorbereitet und die ehrgeizigen Ziele der Bundesregierung einer treibhausfreien Gesellschaft sind technisch machbar.

Als Vertreter eines energieintensiven Industriezweigs sieht *Jörg Rothermel* vom Verband der Chemischen Industrie e.V. ein Problem darin, dass starke Preissteigerungen, verursacht durch die Energiewende, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gefährden. Damit einher geht das Risiko von Versorgungsengpässen oder auch eines Zusammenbruchs der Energieversorgung. Mit dem Abschalten der nuklearen Kraftwerke wurden die Kapazitäten in der Grundlast verringert, ohne in dieser Größenordnung Ersatzkapazitäten zu schaffen. Hier besteht akuter Handlungsbedarf. Unmittelbare Konsequenzen aus der Energiewende gibt es noch keine, in Zukunft werden jedoch die Preise für die Energieversorgung stark ansteigen, da beispielsweise neue fossile Kraftwerke entstehen und die Infrastruktur ausgebaut werden muss. Nach dem Ausstieg aus der Kernkraft, der auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhte, muss auf dieser Grundlage ein neues Konzept zur zukünftigen Energieversorgung entwickelt werden, um Versorgungssicherheit zu garantieren. Das »alte« Energiekonzept muss überarbeitet werden.

*Karen Pittel*, Leiterin des Bereichs Energie, Umwelt und erschöpfbare Ressourcen am ifo Institut, sieht die deutsche Energiepolitik langfristig vor großen Herausforderungen stehen. Wenn gleichzeitig die klimapolitische Zielsetzung und der Ausstieg aus der Atomenergie realisiert werden sollen, ist eine Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik notwendig. Diese Neuorientierung setzt eine kritische Auseinandersetzung der bisherigen Energiepolitik und eine offene und grundsätzlich geführte Diskussion über zukünftige Po-

litiken voraus, wenn die Energiewende möglichst kosteneffizient gestaltet werden soll. In dieser Debatte müssen die Garantie von Versorgungssicherheit und die Schaffung von Reservekapazitäten ebenso wie der Import von Energie bei hohem Anteil von Atomstrom sowie der Ausbau bestehender oder die Förderung neuer Technologien thematisiert werden. Von essentieller Bedeutung sind in diesem Zusammenhang eine langfristige Ausrichtung der Politik und die Integration in einen europäischen Kontext.

Im Laufe der Diskussion wurden im Plenum verschiedene Themen angesprochen, so etwa der Umbau des Energiesystems wie auch die Frage nach der Versorgungssicherheit. Weiterhin wurde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie thematisiert, die aufgrund stetig steigender Preise für Industriestrom zunehmend unter Druck gerät.

Die Diskussion im Plenum thematisierte zunächst den Transformationsprozess unserer Energieversorgung. Dessen Nutzen besteht zum einen in der Vermeidung hoher Kosten für die Gesellschaft und die Wirtschaft, die aus den Folgen des Klimawandels, nuklearen Risiken und den Kosten knapper werdender fossiler Ressourcen resultieren. Zum anderen werden innovative Technologien entwickelt, die neue und zukünftige Energieressourcen verfügbar machen. Der Umbau des bisherigen Energiesystems verlangt in einer Zeit knapper Kassen hohe finanzielle Anstrengungen um Investitionen in die Zukunft zu realisieren. Mit der Zielsetzung, Strom weiter im eigenen Land zu erzeugen, ist der Neubau von Anlagen zur Erzeugung, Speicherung und Verteilung von Strom verbunden. Der Ausstieg aus der Kernkraft beruht auf einem gesellschaftlichen Konsens, der nun genutzt werden muss, um ein neues Energiekonzept zu erarbeiten und die notwendigen Vorhaben zu realisieren.

Hinsichtlich der Versorgungssicherheit wurde in diesem Zusammenhang erläutert, dass die Umsetzung des ehrgeizigen Ausstiegs aus der Atomenergie vielerlei Fragen aufwirft. Die Grundlast in Deutschland wird derzeit fast ausschließlich von Kohle- und Kernkraftwerken bereitgestellt; der technische Ersatz dieser Anlagen bis 2050 ist bislang ungeklärt. Bisher wurde eine Leistung von 8,5 Gigawatt aus Nuklearanlagen vom Netz genommen, weitere 12 Gigawatt folgen bis 2022. Davon sollen 10 Gigawatt bis zum Jahr 2020 durch neu gebaute fossile Kraftwerke ersetzt werden, gleichzeitig soll an dem Minderungsziel hinsichtlich des Kohlendioxid ausstoßes von 40% im Jahr 2020 festgehalten werden. Ein geplanter Ausgleich nicht ausreichender inländischer Kapazitäten über Importe in Höhe von 30% der benötigten Energie steht weder in Einklang mit den deklarierten Klimazielen, sofern diese Importe auf fossilen Energie-

trägern beruhen, noch mit den Motiven für den Ausstieg aus der Kernenergie, wenn aus Kernbrennstoffen erzeugter Strom bezogen wird. Hier wird mit aller Deutlichkeit die Widersprüchlichkeit der deutschen Energiewende ersichtlich. Es wurde daher ein in sich schlüssiges Energiekonzept gefordert. Die Diskussion verlief kontrovers. Neben der Forderung, die notwendigen Kapazitäten für die Grundlast in Deutschland aufzubauen, wurde auch die Position vertreten, dass eine Schaffung neuer Grundlastkapazitäten allein in Deutschland nicht notwendig ist, sondern dass ein intelligenter Mix an Kraftwerken den Verbrauchern sicher Energie zur Verfügung stellen kann. Für einen Import des benötigten Energiebedarfs stehen vielerlei Möglichkeiten zur Verfügung, so etwa die riesigen Potenziale aus Solarenergie in Südeuropa sowie aus Windenergie in Großbritannien und der portugiesischen Atlantikküste. Die technischen Herausforderungen sind hoch, aber zu bewältigen. Eine Einbindung der deutschen Energiepolitik in den europäischen Kontext wurde mehrheitlich befürwortet und ist zwingende Voraussetzung für kosteneffiziente Lösungen. Der Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie und der damit einhergehenden Verknappung der europäischen Stromerzeugung hat Auswirkungen auf den liberalisierten europäischen Strommarkt und verlangt nach europäischen Lösungen. Das deutsche Energiekonzept muss in den europäischen Kontext eingebunden werden.

Von besonderem Interesse für die Teilnehmer am Branchendialog waren die Auswirkungen der Energiewende auf die **Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Industrie. So wurde die Meinung vertreten, dass Preissteigerungen Anreize für einen effizienten Umgang mit Ressourcen schaffen, also generell zu Innovationen und Ressourceneffizienz führen, die den Unternehmen wiederum Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt verschaffen. Gerade in den energieintensiven Branchen gäbe es große Effizienzsteigerungspotenziale. In diesem Zusammenhang wurde eine Studie von Roland Berger zitiert, die das Sparpotenzial auf 30 bis 40% für die energieintensiven Branchen schätzt. Diese Zahl wurde jedoch bezweifelt, da gerade für energieintensive Unternehmen ressourceneffiziente Produktion von höchster Bedeutung für den Wettbewerb ist. Die laufenden Preissteigerungen haben schon in der Vergangenheit massive Investitionen zur Energieeinsparung ausgelöst; ein Sparpotenzial in der genannten Größenordnung ist nicht realistisch. Deutschland ist im Hinblick auf die Industriestrompreise gegenwärtig eines der teuersten Länder in Europa, zurückzuführen ist dies auf den hohen Anteil von Steuern und Abgaben. Bei einem weiteren Anstieg der Preise wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zunehmend gefährdet.

Der Tagungsband des ifo Branchendialogs vom 26. Oktober 2011 mit der Analyse und der Prognose der konjunkturellen Entwicklung in der Gesamtwirtschaft und in wichtigen Branchen (Industrie, Handel, Bauwirtschaft, Dienstleistung) ist zum Preis von 100 Euro + 7% MwSt. beim ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, <mailto:ifo@ifode.de>, zu beziehen.